

SSIP Mitteilungen

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.
(gegründet 1959)

www.ssip-web.de

01-
04
2004

Geschäftsstelle Elisabeth Kallenbach
Pfarrstr. 134
D-10317 Berlin

Fon: (030) 554 969 40
Fax: (030) 83 87 07 27
eMail: geschaeftsfuehrung@ssip-web.de

Redaktion Berlin Dr. Petra Feil
Corinthstr. 53
D-10245 Berlin

Fon: (030) 29 77 69 68
eMail: feil@ssip-web.de

Außenstelle Bonn Dr. Dieter Danckwortt
Gierolstraße 45
D-53127 Bonn

Fon: (0228) 28 30 75
Fax: (0228) 28 30 85

.....SSIP intern.....

Identitäten und interkulturelle Verständigung im Wirt- schaftsleben

Beiträge der SSIP-Tagung in Potsdam am
27. September 2003
SSIP – Mitteilungen / Sonderheft 2003
Berlin 2004

Wann kommt das Sonderheft? Allen Neugierigen herzlichen Dank für ihr Interesse und den Autoren für ihre Mühe! Wie immer gibt es ein paar Nachzügler. Und denen, die Zeit und Mühe für Präsentationen aufgewendet haben, wollten wir die Möglichkeit geben, ihre Thesen auszuarbeiten.

Warum kommt das erste Heft des Jahrgangs 2004 der *Mitteilungen* erst jetzt im Mai? Hier können wir nur um Nachsicht bitten. Wir arbeiten ja alle „ehrenamtlich“; und es gibt Wechselfälle im Leben, die stärker sind als alle guten Vorsätze.

Polen und Deutsche im Geschäft — Wege zur interkulturellen Verständigung
Tagung von SSIP und IIK in Kooperation:

SSIP

Sozialwissen-
schaftlicher Stu-
dienkreis
für internationale
Probleme e.V.



Institut für
Interkulturelle
Kommunikation

gleichzeitig Gelegenheit für die Mitgliederversammlung des SSIP 2004

Vorbehaltlich der Finanzierungszusagen haben wir Termin und Ort festgelegt:

Technische Fachhochschule Wildau

26. – 27. November 2004

bitte vormerken!

... Die Themen dies- mal...

Mitteilungen.....	4
A. Politik Interkulturellen Handelns.....	4
B. Interkulturelle Bildung.....	5
C. Global Development.....	6
E. Europa, europäische Identität.....	7
F. Aus der Forschung.....	9

I. Islam, mittlerer Osten und Europa.....	11
J. Jugendpolitik.....	11
K. Kooperationen.....	13
M. Migration und Ausländerpolitik.....	14
N. Nachrichten von unseren Mitgliedern.....	17
R. Religion.....	18
Tagungskalender.....	18
Auch das noch.....	26

.....Aktuelles.....

Das Fach interkulturelle Kommunikation unterliegt dem Kopftuch

Das Kopftuch ist zu einer Blamage für das Fach Interkulturelle Kommunikation geworden. Was ist ein Kopftuch? Zu dieser Frage äußern sich inzwischen alle möglichen Persönlichkeiten, neben Politikern Kirchenleute, Ethnologen, Kulturanthropologen, Historiker, Juristen. Nur die Fachleute für interkulturelle Kommunikation hüllen sich in Schweigen. So waren es am 24. September 2003 Verfassungsrichter, die auf die Frage antworteten, was ein Kopftuch sei; und mehrheitlich stellten sie fest, der Symbolgehalt des Kopftuches sei nicht eindeutig.

Das Kopftuch spaltet die deutsche Gesellschaft, während es dazu angetan ist, die zerrissene islamische Welt zu einen — gegen den Westen.

Manche sehen im Kopftuch islamischen Fundamentalismus verkörpert, manche Verbundenheit zu einer Religion, die im weltanschauungsneutralen Staat nicht demonstriert werden dürfe, manche erstaunlicherweise beides wie der Berliner Innensenator Ehrhardt Körting. Dieser scheute sich nicht, vom Kopftuch eine kausale Linie zum Terroranschlag in Istanbul zu ziehen (BerlZtg. 24.11.03). In Berlin wurde im November vergangenen Jahres eine kopftuchtragende Praktikantin aus dem Hort einer Grundschule entfernt. „Hinter dem Streit um das Kopftuch steht die Grundsatzfrage nach Multikulturalität“, schrieb Körting in einem Interview. Von ein paar Fundamentalisten werde es als Kampfmittel eingesetzt, um zu demonstrieren: Ich will eine Gegengesellschaft zum Westen (ts 10.11.03). Die ehemalige Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John warf ihm daraufhin vor, „Feindbilder über ‚die integrationsunwilligen Ausländer‘“ zu verbreiten. Allerdings sprach Körting sich im März 2004 entschieden gegen ein generelles Kopftuchverbot aus.

Tragen Muslimas mit Hilfe des Kopftuchs einen Kampf der Kulturen aus? „Das muslimische Kopftuch [...] bringt ein Verhältnis der Geschlechter zum Ausdruck, das mit unserer Kultur und Rechtsordnung nicht zusammenpaßt“, schrieb Wolfgang Huber, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (ts 9.10.2003). In ihrer Stellungnahme zum „Kopftuchurteil“ argumentierte die EKD staatstragend: der Schutz der positiven Religionsfreiheit gelte natürlich auch für Musliminnen: „Auch die öffentliche Schule ist [...] kein religionsfreier Raum“. Aus der Neutralitätspflicht des Staates folge aber die Konsequenz: „Wenn eine muslimische Bewerberin für eine Lehrtätigkeit an öffentlichen Schulen unter Berufung auf ihre Religionsfreiheit im Dienst ein Kopftuch tragen will, begründet ihr Verhalten *angesichts der Bedeutung des Kopftuchs im Islam* Zweifel an ihrer Eignung [...]“. Die Meinung eines Bischofs Huber darf man freilich ebensowenig als „die“ Position „der“ Protestanten darstellen wie die Stellungnahme der EKD. Der Arbeitskreis Islam bei der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg warnte im Namen von Ernsthaftigkeit, Respekt und Glaubwürdigkeit vor einem generellen Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst. „Das Eintreten für die Rechte von Frauen dürfe „nicht dazu führen, daß kopftuchtragende Muslimas stigmatisiert“ werden“ (Die Kirche 7.3.04, S.2). Und Robert Leicht, Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin zog aus den Artikeln 4 und 34 GG die Schlußfolgerung: „Ob das Tragen eines Kopftuchs eine Agitation darstellt, kann gegenüber einem unverletzlichen Grundrecht allenfalls im Einzelfall [...] entschieden werden.“ Droht mit Einzelfallprüfungen, die von vielen gefordert werden, nun eine Wiedereinführung der Gesinnungsprüfung aus alten Berufsverbotszeiten?

Feindbilder, Multikulturalität, Kulturkampf. „Wir sollten erst einmal herausfinden, was das Kopftuch [...] wirklich bedeutet“, mahnte der Erlanger Islamwissenschaftler Rohe; und Werner Schiffauer, Kulturanthropologe von der Viadrina, beobachtet, daß es vielfach Nicht-Muslime, die definieren, was verfälschter, was richtiger Islam ist (FAZ 26.1.2004). Da hat der Westen noch viel zu lernen. Von interkulturellen Trainern und den Experten für fremde Kulturen hörte man zu all diesen Fragen bislang nämlich wenig.

Merkwürdig — daß in einer Gesellschaft wie der westdeutschen, in der Religionsdiskurse bislang nicht gerade eine überragende Rolle spielten und die Kirchen nicht gerade Bevölkerungsmassen anzogen, die Religion plötzlich Stein des Anstoßes wird. Das Kopftuch ist ein Musterbeispiel wie es im Buche steht für die Verfestigung von Feindbildern, die abzubauen wir ja alle angetreten sind. Es ist zur Projektionsfläche für innenpolitische Diskussionen über weltanschauliche Pluralität geworden. In das Kopftuch ist ein Bündel von Ängsten um Besitzstände und von Abwehr gegen Fremdes eingewickelt. Dabei steht in der Bundesrepublik gegenwärtig eine Betrachtungsweise im Vordergrund, die den Islam und seine Symbole von außen interpretiert. Müßten die Experten interkultureller Verständigung nicht hellhörig werden?

Beim Kopftuch geht es häufig nicht so sehr um den Islam als um innerdeutsche oder westliche Konflikte. Nach einer Allensbach-Umfrage sind 53% der Deutschen der Meinung, das Kopftuch sei ein politisches

Symbol, stehe für die Unterdrückung der Frau und sei „mit unserer Kultur unvereinbar“ (ts 3.2.2004). Belebt sich nun die „Leitkultur“-Debatte wieder?

Mit dem Kopftuch werden auch innenpolitische deutsche Probleme und Fragen westlichen Demokratieverständnisses angesprochen. Mit Kopftüchern assoziieren viele Deutsche autoritäre Väter und geheimbündlerische Hinterzimmer. Ja — wie stellen sich die Deutschen zu autoritären Vereinsstrukturen? Im Blick auf eine Reihe von islamischen Interessenorganisationen vermisst Schifffauer jede Diskussions- und Konfliktkultur. Als die Berliner „Werkstatt der Kulturen“ am 8. März zu einer Veranstaltung zum Thema ‚Wie verändert der Islam den Kiez?‘ einlud, kamen 100 Schulleiter, Lehrer und Politiker. Der Fragen sind viele. Wie verhalten sich deutsche Eltern und ihre Kinder in Schulklassen, wo sie in die Minderheit geraten sind? Werden in Schulklassen mit starkem Anteil muslimischer Kinder wegen des islamischen Bilderverbots bald nur noch Tiere gezeichnet? Wird es toleriert, wenn islamische Eltern ihre Töchter aus dem Schwimmunterricht abmelden? Natürlich bieten viele Fremde in unserer Gesellschaft ein unerfreuliches Bild. Angesichts verbreiteter Fremdenfeindlichkeit und unterschwelliger Islamophobie wiegt dies bei der Bevölkerung schwerer als die Tatsache, daß auch viele Deutsche ein unerfreuliches Bild bieten, nicht zu schweigen vom Demokratieverständnis an deutschen Stammtischen.

Das Kopftuch bringt gewohnte Trennlinien im politischen Denken der Republik durcheinander. Für die christdemokratische Katholikin Annette Schavan ist das Kopftuch ein „Teil der Unterdrückungsgeschichte der Frau“ (BerlZtg. 12.11.03). Antje Vollmer erklärte entsprechend der Weltoffenheit des liberalen Bildungsbürgers: „Alle Länder müssen selbst die Chance bekommen, ein Menschenrechtsverständnis zu entwickeln. Menschenrechte auch in ihrer inhaltlichen und kulturellen Ausprägung rein westlich zu normieren, empfinde ich als einen Verlust an kultureller Vielfalt.“ Grüne Multikulturalität endet jedoch am Kopftuch; von diesem weiß sie, daß es ein Symbol „für die vollständige Unterstellung der Frau unter die Autorität des Mannes“ ist. Hinter dem Kopftuch steht „eine handfeste politsektiererische Position“. Was folgern wir daraus? Wenn die armen Frauen unter dem Islam noch nicht begreifen konnten, was für sie gut ist, müssen sie zur wohlverstandenen Emanzipation gezwungen werden — das ist schließlich die Aufgabe einer Avantgarde. Wo sind die besonnenen Experten fürs Interkulturelle, die weltbeglückender Anmaßung in den Weg treten?

Der Kopftuchstreit hat für eine kurze Weile eine sehr interessante Diskussion über Laizismus angestoßen. Auch im Hinblick auf eine interkulturelle Einschätzung des Verständnisses von Staat und Gesellschaft im Beitrittsland Türkei wäre das eine vorwärtsweisende Diskussion für die Bundesrepublik geworden. Der treuerhitzige Bundespräsident steuerte in diese Richtung. Diejenigen v.a. auf dem linken Spektrum, denen die verholene christliche Färbung des Staatsverständnisses in der Bundesrepublik seit je ein Dorn im Auge war, lagen indes schon in den Startlöchern. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften waren aufgeschreckt. Um des Erhalts der Kippa und um der Verteidigung des Kreuzes willen waren sie beinahe bereit, das Kopftuch zu dulden. Da fiel christlich-demokratischen Politikern die rettende Finesse ein: Religiöse Symbole sind alles andere — das Kopftuch ist ein politisches! Pffiffig, aber interkulturell fragwürdig. Immerhin finden westliche Missionare wie Antje Vollmer jetzt den Dreh für eine Schelte am Bundesverfassungsgericht: „Es hätte feststellen müssen, daß *politisch aufgeladene* Religionssymbole an unseren Schulen nichts zu suchen haben.“ (ts 18.1.04).

Das Kopftuch hat die westliche Welt aufgefordert, sich über ihre Grundwerte, die aus der Aufklärung stammen, Gedanken zu machen. Die Menschenrechte gelten im Westen als Rüstzeug der Zivilgesellschaft gegen totalitäre Regime. Im Nahen und Mittleren Osten demonstriert die US-amerikanische Staatsräson, wie sie zum Joker werden, mit der selektiv die jeweilige Interessenlage legitimiert, ja ein Angriffskrieg begründet wird. Kant hielt einen Angriffskrieg selbst dann für ungerechtfertigt, wenn er um der edelsten Motive willen unternommen würde. Kant formulierte vor 200 Jahren Lösungen für Probleme, die in Deutschland heute wegen der Austrocknung seiner philosophischen Erudition kaum mehr wahrgenommen werden. Hier könnten interkulturelle Experten für das intellektuelle Klima in der Republik wichtige Dienste leisten. Stattdessen tasten sie in großer Zahl immer noch an den fragwürdigen Erkenntnissen eines Geert Hofstede herum.

Wenn der Westen das Kopftuch verbietet, begibt er sich auf die gleiche Ebene der Unduldsamkeit, die islamische Führungen ihren Staaten verordnet haben. Deren Illiberalismus ist seit Jahrzehnten der Nährboden für oppositionelle Volksbewegungen und für weitreichende Politikverdrossenheit, wie die Wahl im Iran gerade wieder gezeigt hat. Gegen ihn versucht der Westen sein Modell von Liberalismus und Entfaltung des Individuums zu bewerben. Diese Unduldsamkeit ist es, mit der die Staaten westliche Frauen zum Anlegen des Kopftuches zwingen, sobald sie die Grenzen zu ihren Territorien überschreiten. Soll der Westen nun dadurch für die Gleichheit interkulturellen Unverständnisses sorgen, daß er Muslimas zum Abnehmen des Kopftuches in seinen Ländern nötigt?

Im Kopftuchstreit treffen sich unduldsame Linke und verbohrte Konservative. Das Gegenstandsfeld interkulturelle Kommunikation ist tief in philosophische Fragen und politische Entscheidungen verstrickt. Das Fach hat es nur noch nicht gemerkt.

.....Mitteilungen.....

A. Politik Interkulturellen Handelns

A1/04-1: Internationaler Workshop "Diversity in Europe"

Unter dem Titel „Diversity in Europe – Managing Diversity and Institutional Cultures“ veranstaltete Das „ZAK | Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale“ der Universität Karlsruhe in Kooperation mit der Führungsakademie Baden-Württemberg am 7. Mai 2004 einen internationalen Fachworkshop in Karlsruhe. Die Veranstaltung ist Teil der diesjährigen Europawoche des Landes Baden-Württemberg.

Ziel des *workshops* war es, eine Diskussion über die grundsätzliche Notwendigkeit und vielversprechende Konzepte des *Diversity-Managements* zu initiieren. Die Veranstalter sind davon ausgegangen, dass die fortschreitende Internationalisierung und Globalisierung in allen Gesellschaftsbereichen sowie die europäische Integration nach Konzepten verlangt, die der wachsenden Heterogenität der Gesellschaft auch im Arbeitsleben systematisch Rechnung tragen, um zukunftsfähige Dienstleistungen in einer multikulturellen Gesellschaft zu sichern. Impulsreferate zu Praxisbeispielen aus der Wirtschaft und aus der öffentlichen Verwaltung von Referenten aus Deutschland, Frankreich und England bilden den Ausgangspunkt für die Diskussion und die Entwicklung eigener Lösungsansätze. Der Workshop richtet sich an Verantwortliche im Bereich der internationalen Personalentwicklung in Verwaltungs-, Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen.

Nähere Informationen:

ZAK – Universität Karlsruhe (TH) c/o Matthias Otten
Tel. 0721 / 608-4812; www.zak.uni-karlsruhe.de; eMail: Matthias.otten@zak.uni-karlsruhe.de
Siehe auch: unten F3/04-1

A2/04-1: Menschenrechte als universaler Normenkonsens oder westlicher Kulturimperialismus?

Das Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, das vor zehn Jahren seine Arbeit aufnahm, veranstaltete im Winter in unregelmäßigen Abständen Veranstaltung zum Thema Menschenrechtsschutz. Dr. Heiner Bielefeldt, „Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte“ in Berlin,

diskutierte zum Auftakt das Thema „Die Menschenrechte: Universaler Normenkonsens oder westlicher Kulturimperialismus?“ Er hat sich schon seit längerem mit der Problematik des interkulturellen Diskurses über Menschenrechte auseinandergesetzt. Aus philosophischer Sicht geht es dabei um die Frage, ob und wie der universelle Geltungsanspruch der Menschenrechte gegen die heute vor allem von Seiten der islamischen Welt vorgebrachte Kritik, die Menschenrechte seien Ausdruck eines kulturimperialistischen Machtstrebens des christlichen und kapitalistischen Westens, sinnvoll verteidigt werden kann. Dr. Sonja Rademacher nahm die Kopftuchdebatte auf, während Prof. Dr. Klaus Hüfner die UNESCO als Akteur im Bereich des Menschenrechtsschutzes vorstellte.

Quelle: www.uni-potsdam.de/u/mrz.

A3/04-1: Hamburger Tulpe für deutsch-türkischen Gemeinsinn

Die Körber-Stiftung lobte 2003 zum zweiten Mal Preisgelder in Höhe von 50.000 Euro für vorbildhafte deutsch-türkische Projekte aus. Zu den Bewertungskriterien zählten z.B. das ehrenamtliche Engagement der Projektbeteiligten, die Projekterfahrung und der „fühlbare“ Nutzen für ein besseres Zusammenleben mit Bürgern türkischer Herkunft in Hamburg. Die ausgezeichneten Projekte decken ein breites Spektrum ab: vom interkulturellen bilingualen Kindergarten, über die Integration durch Sport hin zu kulturellen Einrichtungen wie gemeinsame Kurzfilmvorführungen oder Musikvorführungen. Die Preisverleihung fand im Januar 2004 statt. Seit 2004 schreibt die Körber-Stiftung die Hamburger Tulpe jährlich aus. Informationen unter www.hamburger-tulpe.de

Quelle: rapor! Deutsch-Türkischer Dialog Körber-Stiftung, Januar 2004

A4/04-1: Zivilgesellschaft in Rußland

Rußland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, hrsg.v. Deutschen Institut für Menschenrechte, redaktionelle Leitung Stefanie Schiffer (Berlin 2003), 239 S., ISBN: 3-9808112-7-1. 9,- €

Das Buch, das die Geschäftsführerin des „Deutsch-Russischen Austausch e.V.“ (DRA) redaktionell betreut hat, umfaßt Beiträge von A. Daniel, S. Kowaljow und über 20 weiteren russischen Autorinnen und Autoren, sowohl analytische Artikel als auch 22 Kurzporträts russischer NGOs aus verschiedenen Regionen. Seit wenigen Wochen liegt das Buch auch in einer russischen Fassung vor. Hinzugekommen ist ein umfangreicher Adreßteil, der zahlreiche russische NGOs auflistet.

Auf Veranstaltungen in Petersburg und Moskau wurde die russische Fassung vorgestellt. Die anschließenden Podiumsdiskussionen zur politischen Rolle der Menschenrechtsorganisationen in Rußland bestritten namhafte Menschenrechtsaktivisten, die stellvertretende Direktorin des DIMR Frauke Seidensticker und in Moskau auch die Menschenrechtsbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Claudia Roth. Erhältlich ist der Band über das Zentrum für die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten in Moskau (www.demokratia.ru) und den DRA in Berlin.

Quelle: DRA

B. Interkulturelle Bildung

B1/04-1: Certificate in Intercultural Studies Program

Eine andere Art des Lernens bietet die *University of British Columbia* in Europa mit einer Mischung eines „Face-to-Face-Workshops“ und begleitem *E-learning* und *Online-Seminaren*. Es werden besonders Menschen in Arbeitsprozessen angesprochen. Neben grundlegenden Konzepten zu Kultur, Rasse, Ethnizität, Werte und Normen etc., sollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ange-regt werden, über die eigene Kultur und die Ausprägungen im kulturellen Kontext nachzudenken sowie Strategien zur besseren interkulturellen Kommunikation entwickeln. Das Auftaktseminar fand im Januar 2004 in Lille, Frankreich, statt und kostete ca. 600 Euro.

Mehr Informationen bietet die Webseite: http://cic.cstudies.ubc.ca/intercultural_studies.htm

B2/04-1: Sommerschule über Transnationalisierungsprozesse

Der Internationale Promotionsstudiengang "Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart" bietet vom **27.09. bis 2.10.2004** in Leipzig eine Sommerschule zum Thema:

Transnationalisierungsprozesse und autonome Handlungsräume — Aneignungs- und Abwehrstrategien im Kulturkontakt

an. Diese Sommerschule wendet sich an Doktorandinnen und Doktoranden aus den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Das Thema erläutern die Veranstalter wie folgt:

Mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint sich die Welt in zwei Lager zu teilen: Ein Teil gewinnt durch Internationalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse zunehmend an Dominanz, während der andere Teil durch neu geschaffene politische, soziale und wirtschaftliche

Ordnungssysteme marginalisiert wird und durch **Staatsverfall** und teilweise **Terrorismus** gekennzeichnet ist. widmet sich in interdisziplinärer Perspektive dem Aufbau dieser neuen Ordnungssysteme. Es geht um ihre Entstehungs- und Möglichkeitsbedingungen, ihrer Durchsetzung, den sozialen Verräumlichungen neuer Ordnungssysteme und den Aneignungs- und Abwehrstrategien durch staatliche und nicht-staatliche Akteure. Daran anknüpfend wird nach den Wirkungen gefragt, die dominante Weltregionen auf diejenigen Länder und Regionen ausüben, die nicht zu den Gewinnern der Globalisierung zählen. Im zweiten Teil der Sommerschule (1./2.10.) bietet die Tagung „**Transatlantischer Kulturtransfer im ‚Kalten Krieg‘ – Europa und die USA in historischer Perspektive**“ Gelegenheit, den Aspekt des transnationalen Kulturkontakts analytisch auf die Konstellation westeuropäischen Staaten und den USA zuzuspitzen.

Teilnahmegebühr: 30 € (die Veranstalter können gegen Zahlung von 100 € Unterkünfte anbieten). Vorausgesetzt werden gute Kenntnisse der deutschen Sprache (englisch zumindest passiv). Den Teilnehmern wird die Möglichkeit gegeben, ihre eigenen Forschungsprojekte im Rahmen des Sommerkurses vorzustellen.

Bewerbungen und Vortragsvorschläge mit Angaben zur Person, Ausbildung, Sprachkenntnissen und wissenschaftlichen Arbeiten

bis zum 30. Juni 2004

an: Zentrum für Höhere Studien, Universität Leipzig, c/o Martina Keilbach, Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig (Tel.: 0341-9730286, Fax: 0341-9731209, eMail: phd@uni-leipzig.de).

Homepage: www.uni-leipzig.de/zhs/promo.

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2704>

B3/04-1: Politische Bildung für osteuropäische Freiwillige in Berlin

Erneut wirken aufgrund Vermittlung des DRA (Deutsch-Russischer Austausch e.V.) Freiwillige aus Rußland und Belarus aktiv in **Berliner NGOs** mit. Ihren noch bis Ende Juli währenden Einsatz ergänzt wie üblich ein Programm zur politischen Bildung: Wöchentlich stattfindende Besuche bei verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen vermitteln den Freiwilligen differenzierte Eindrücke von Struktur und Funktionsweise der deutschen Gesellschaft. Ermöglicht wurde die Freiwilligenvermittlung durch die Robert Bosch Stiftung, die Marion Dönhoff Stiftung und die Stiftung „West-Östliche Begegnungen“.

Quelle: DRA *newsletter* (April 2004).

B4/04-1: Richter — eine neue Zielgruppe für interkulturelles Lernen

Deutsche Amtsrichter dürften eine neue, lohnende Zielgruppe für interkulturelle Trainingsbemühungen sein. Ein Berliner Jugendrichter hat eine moslemische ZuhörerIn, die Mutter eines jugendlichen Angeklagten, des Gerichtssaales verwiesen, weil sie sich unter Hinweis auf ihren Glauben weigerte, das Kopftuch abzulegen. Der Jugendrichter berief sich auf einen Paragraphen des Gerichtsverfassungsgesetzes, der es untersagt, in einer der Würde des Gerichtes nicht angemessenen Weise vor Gericht zu erscheinen. Bleibt abzuwarten, ob das Unverständnis, das unter anderen Juristen und in der Öffentlichkeit artikuliert wurde, irgendwelche Folgen haben wird.

Berliner Zeitung (24.3.2004) / AT

C. Global Development

C1/04-1: Die Auswirkungen der Erdölförderung in Afrika auf die Entwicklung

Martin Petry: Wem gehört das schwarze Gold? Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Erdölprojekt Tschad-Kamerun. Erfahrungen eines internationalen Netzwerks. Weltthemen 4 (Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag 2003), 200 Seiten; 14,90 Euro.

Martin Petrys Augenzeugenbericht liest sich wie ein Krimi. Über das Tauziehen zwischen dem Erdölkonzern EXXON und der Weltbank auf der einen und einem internationalen Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen auf der anderen Seite. Es geht um nichts weniger als die Verteilung des Erlöses des „schwarzen Goldes“, dem Erdöl des Tschad, den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt.

Amnesty International, Eirene und Brot für die Welt, aber auch *World Economy Environment and Development* (WEED) und weitere Nichtregierungsorganisationen bildeten ab 1995 ein Bündnis, um eine ähnliche Katastrophe wie in Nigeria zu vermeiden. Der Autor, einer von ihnen, beschreibt das Auf und Ab dieser NGO-Kooperation.

Wie sie mit den geringen Mitteln ihrer Menschenrechts-, Entwicklungs- und Friedensorganisationen dem Finanz- und Ölmulti, der noch dazu die Weltbank an seiner Seite weiss, in den Arm fallen. Wie sie die Lobbyarbeit gegenüber dieser internationalen Finanzinstitutionen lernen. Wie sie von den Überrumpelungstaktiken des mächtigen Unternehmens überrascht werden. Schritt für Schritt begleiten wir die AkteurInnen von einem Rückschlag zum nächsten Erfolg. Einblicke tun

sich auf in die Bildung und Arbeit internationaler NGO-Netzwerke, aber auch in das zivilgesellschaftliche lokale Engagement im Tschad und in Kamerun. Was Globalisierung bedeuten kann, wird anschaulich. Ebenso, wie im wahrsten Sinne des Wortes Öl ins Feuer eines gewaltsamen Konflikts gegossen wird.

Die Leserin fiebert mit, ob die Menschen im Tschad und in Kamerun am Ende doch noch von der Ölförderung profitieren können oder ob ihnen nur die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bleibt. Gefühle von Empörung, Begeisterung, Enttäuschung und Genugtuung wechseln sich ab.

Das Buch ist aber nicht nur der spannende Bericht eines unmittelbar Beteiligten. Es ist wegen der vielen Erfahrungen, die es vermittelt, vielmehr ein Muss für alle, die sich konkret für eine gerechtere Welt engagieren wollen.

Quelle: Amnesty International (Rezension Erika Schulze) / gekürzt PF.

C2/04-1: Institutionen für die Afrikanische Union

Die Afrikanische Union (AU) hat sich für das laufende Jahr ehrgeizige friedenspolitische Ziele gesteckt. Beim AU-Gipfeltreffen Ende Februar im libyschen Sirte einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, afrikanische Eingreiftruppen aufzustellen, die zur Friedensschaffung sowie bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit intervenieren sollen. Welches Land wie viele Soldaten der 15 000 Mann zählenden Truppe stellen und wer das Kommando haben wird, ist noch unklar; über diese und andere Fragen soll auf dem nächsten AU-Gipfel im Juli beraten werden.

In Kraft getreten sind außerdem die Protokolle zur Schaffung eines Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs und eines Pan-Afrikanischen Parlaments. Laut Amnesty International soll der AU-Gipfel im Juli über den Sitz des Gerichtshofs und sein Budget entscheiden sowie die elf Richter wählen. Die konstituierende Sitzung des Pan-Afrikanischen Parlaments hingegen fand bereits vom 18. bis 20. März in Addis Abeba statt. Bis Mitte März waren jedoch erst gut 30 der insgesamt 53 AU-Mitglieder der Aufforderung gefolgt, fünf Parlamentarier als Mitglieder der überstaatlichen Versammlung zu benennen. Das Afrika-Parlament soll zunächst beratende Funktion haben und nach einer Frist von fünf Jahren legislative Kompetenzen erhalten. (eII)

Quelle: E+Z, 4/2004.
http://www.inwent.org/E+Z/content/heft-ger/fakt_art4.html

C3/01:- Friedensfachkräfte gesucht

Das Forum Ziviler Friedensdienst sucht Interessenten für seinen nächsten Qualifizierungskurs für Friedensfachkräfte. Der viermonatige Lehrgang befasst sich unter anderem mit der Prävention und der Bearbeitung gewalttätiger Konflikte auf unterer oder mittlerer gesellschaftlicher Ebene und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Konfliktregionen. Außerdem bereitet der Kurs die künftigen Friedensfachkräfte gezielt auf ihre Aufgaben in ihren Einsatzgebieten vor. Der nächste deutschsprachige Kurs findet vom 2. August bis 4. Dezember, der nächste englischsprachige Lehrgang in der ersten Jahreshälfte 2005 statt. Bewerbungsschluss ist jeweils drei Monate vor Kursbeginn. Außerdem veranstaltet das Forum Aufbaukurse für Friedensfachkräfte zu Themen wie Planung, Monitoring und Evaluierung von Friedensarbeit, Wahlbeobachtung sowie Fundraising. Das Forum Ziviler Friedensdienst ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen aus dem friedenspolitischen Bereich.

Weitere Informationen: qualifizierung@forumZFD.de und: www.friedenbrauchtFachleute.de.

C4/04-1: Projektstellen bei AGEH

Mehr als 37 verschiedene Stellenangebote bietet die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) zur Zeit berufserfahrenen Fachkräften in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Asien, Lateinamerika und den Ländern Mittel- und Osteuropas. Gesucht werden u.a. Ärzte, Betriebswirte, Sozialwissenschaftler, Psychologen, Pädagogen und Agraringenieure.

Die in der Regel dreijährige Mitarbeit erfolgt in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen der AGEH in Deutschland und in den jeweiligen Projektländern. Fachkräfte im Entwicklungsdienst erhalten ein der Tätigkeit angemessenes Unterhaltsgeld und eine umfassende soziale Sicherung.

Die aktuelle Übersicht der offenen Projektstellen und weitere Informationen zu Anforderungen und Leistungen können im Internet unter der Adresse <http://www.ageh.de/jobs/stelleneubersicht.htm>

abgerufen oder direkt bei der: AGEH, Ripua-renstrasse 8, 50679 Köln, Tel. 0221/8896-0, Fax 0221/8896-100 angefordert werden.

An offenen Projektstellen für Fachkräfte im 'Zivilen Friedensdienst' werden derzeit geboten:

Stelle	Beruf / Tätigkeit	Land
1702	Dozent für Kommunikationswissenschaft/Journalist	Mosambik
1678	Berater/in für Struktur- und Organisationsentwicklung	Osttimor

1688	Berater/in für Erwachsenenbildung	Osttimor
1717	Berater/in für Versöhnungs- und Friedensarbeit in Zusammenarbeit mit Pax Christi	Sri Lanka
1593	Berater/in für den Bereich Zivile Konfliktbearbeitung	Uganda

Quelle: AGEH

C5/04-1: Reparationen: aktuell und umstritten

Im Jahr 2004, in dem sich der Völkermord an den Herero und anderen Völkern in Namibia zum 100. Mal jährt, ist das Reparationsthema auch in und für Deutschland wieder aktuell geworden. In der Ausgabe vom April 2004 der Zeitschrift Entwicklungspolitik des epd geht Uschi Eid der Frage nach, ob sich die alten Kolonialbeziehungen Deutschlands auf die Entwicklungszusammenarbeit ausgewirkt haben. Sie betont, dass es im Vergleich zu anderen ehemaligen Kolonialmächten kaum privilegierte Beziehungen zwischen deutschen ehemaligen Kolonien und Deutschland gebe. Eine Ausnahme bestehe bei Namibia, das anstelle von Reparationszahlungen einen erhöhten Entwicklungshilfeetat erhalte. Hanns Lessing setzt sich mit unterschiedlichen Positionen auseinander. Dazu veranlasst auch, dass über die Reparationsforderung in Namibia und selbst innerhalb der Herero gestritten wird, ist sie doch geeignet, den inneren Frieden des Landes zu stören. Für Wiedergutmachung plädiert Ruth Weiss. Muepu Muamba geht weiter. Er sieht das grundlegende Problem in der "Kultur der Straflosigkeit". Davon distanziert sich Bennie Bunsee, der feststellt, dass es nicht die reinen und die schuldigen Völker gibt. Er benennt auch die schweren Menschenrechtsverletzungen afrikanischer Regime im postkolonialen Afrika mit dem Völkermord in Ruanda als Tiefpunkt. Deshalb seien Reparationen nicht geeignet, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern.

Quelle: Zeitschrift Entwicklungspolitik, Heft 7 (2004)

C6/04-1:: Entwicklungsgelder für Kundus?

Entwicklungspolitiker müssen sich seit einigen Jahren an die Kooperation mit militärischen Einheiten gewöhnen. Für die deutsche Politik haben die Kriege in Kosovo und Afghanistan ungewohnte Schnittstellen von Entwicklungs- und Verteidigungsministerium geschaffen. Ressortchefin Heidemarie Wieczorek-Zeul empfiehlt, sich an das Subsidiaritätsprinzip zu halten, dem zufolge Militärs nur das tun sollen, was nur Militärs können. Während die Deutschen offenbar noch in der Afghanistan-Politik auf konzeptionellen Absprachen zwischen Außen-, Entwicklungs-, Innen- und

Verteidigungsministerium bestehen, ist die Entwicklungspolitik im amerikanischen *Provincial Reconstruction Team* den Militärs untergeordnet

Die **europäische Sicherheitsstrategie**, die der Rat Ende letzten Jahres verabschiedet hat, betont, dass Sicherheitspolitik sich nicht mehr nur auf Militär beschränken darf. Einerseits kann man das als eine Aufwertung von Entwicklungspolitik interpretieren. Andererseits gibt es die Sorge, dass die Entwicklungspolitik als eigenständiges Politikfeld zunehmend an den Rand gedrängt wird. Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD diskutiert darüber, ob die Kriterien für die Anrechenbarkeit von Leistungen als **official development assistance** (ODA) im Blick auf Kooperation mit dem Militär geändert werden. Nach Meinung des BMZ kann als Entwicklungspolitik gewertet werden, was der Beratung von Sicherheitskräften in Bezug auf Verfassung, Demokratie und Menschenrechte dient. Dagegen sollen militärische Leistungen, Ausrüstungen oder ähnliches nicht als „Entwicklungshilfe“ angerechnet werden können.

In einer gemeinsamen Erklärung zahlreicher Entwicklungs-Netzwerke in der EU wie aus den übrigen OECD-Ländern wird massiv gegen die Abzweigung von Mitteln für Armutsbekämpfung und Entwicklungsziele zu Gunsten der Sicherheitsinteressen der Industrieländer protestiert. „Bekämpfung von Terrorismus und Bekämpfung von Armut sind nicht das Gleiche“, heißt es in der Erklärung; die OECD-Leitlinien stellten die Logik und die Tatsachen auf den Kopf, wenn sie, „die sorgfältige Ausrichtung der laufenden Entwicklungsansätze auf die Terrorismus-Prävention als Entwicklungsziel“ vorschreiben.

Nach allen Einschätzungen werden die USA im Jahr 2003 eine deutliche ODA-Steigerung aufweisen. Das hängt damit zusammen, dass nach der Zerstörung im Irak der Wiederaufbau finanziert wird. Es spricht auch unter finanziellen Gesichtspunkten alles dafür, dass man auf Prävention, also der Bekämpfung von Armut und Hunger, setzt. Allein der Aufenthalt der amerikanischen Streitkräfte im Irak kostet **im Monat vier Milliarden US-Dollar** und übersteigt um ein vielfaches die jährlichen Entwicklungsgelder vieler Staaten.

Quelle: e+z 4/2004 und Zeitschrift Entwicklungspolitik, Heft 3, 2004

E. Europa, europäische Identität

E1/04-1: Lanterna Futuri

Die Gedanken, Reflexionen und Wünsche von Jugendlichen aus Deutschland, Tschechien und Polen sollen in einem aus Flaschen erbauten

„Leuchtturm der Zukunft“, den sie an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze errichten wollen, Ausdruck finden. Dies ist eine Aktion der trinationalen Begegnung, die **Tandem** und Deutsch-Polnisches Jugendwerk **DPJW** anlässlich der Erweiterung der Europäischen Union veranstalten. Vom 25.4. bis 1.5. fanden im „Drei-Kulturen-Haus – Dom Parada“ im polnischen Teil des Riesengebirges *workshops* statt. Am 1.Mai übergaben Jugendliche künstlerisch gestaltete Briefe an die Regierungschefs der drei Länder, Schröder, Leszek Miller und Vladimír Špidla. Die Regierungschefs wollten diese Briefe in Dublin ihren 22 Amtskollegen übergeben. Was werden die wohl mit ihnen anfangen?

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk und das Koordinierungszentrum deutsch-tschechischer Jugendaustausch fördern seit 1991 bzw. 1997 deutsch-polnische, deutsch-tschechische und trinationale Jugendtreffen. Das Programm *Lanterna Futuri* wird in Zusammenarbeit mit dem Dom Parada in Niedamirów (Polen) und dem „Begegnungszentrum im Dreieck e.V.“ Großhennersdorf realisiert.

Quelle: Pressemitteilung DPJW s.ewers / AT

E2/04-1: Zukunft Europa!

Am Ersten Mai hat die Europäische Union ihre Grenzen erweitert. Mit der Erweiterung sind viele Fragen verbunden: Welche Möglichkeiten bietet die EU-Erweiterung? Welche wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen werden der Erweiterung folgen? Antworten auf diese und ähnliche Fragen gibt die **neue Broschüre** "Erweiterung der Europäischen Union – Die Zeit nutzen für eine gemeinsame Zukunft" des DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung.

Einschätzungen zu den bestehenden und zu erwartenden Bedingungen von Vertretern der Arbeitnehmenden sowie Arbeitgebern und Vertretern staatlicher Einrichtungen aus **Polen und Deutschland** wurden in der Broschüre zusammengetragen. Neben Vorträgen zu den Themen sind Fragestellungen aus der Praxis von Unternehmen und Arbeitnehmenden aus den Regionen und entsprechende Antworten und Erklärungsansätze dokumentiert.

Quelle: Migration Online am 28.04.2004, © DGB Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung 2001. Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (<http://www.bmwi.de>), das Bundesministerium des Innern (<http://www.bmi.bund.de>), das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (<http://www.mfjfg.nrw.de>) und die Europäische Union (<http://www.europa.eu.int>)

F. Aus der Forschung

F1/04-1: Sommerschule über Transnationalisierungsprozesse

... für Doktorandinnen und Doktoranden aus den Geistes- und Sozialwissenschaften:
siehe in diesem Heft: B2/04-1.

F2/04-1: Crossing Borders — Cfp !

Crossing Borders — Histories, Theories and Identities ist der Titel einer interdisziplinären Tagung, die das *Centre for Border Studies* der Universität Glamorgan, Pontypridd (Wales), das *Centre for Comparative European History*, die Freie Universität Berlin und die Humboldt Universität Berlin in Pontypridd (Wales) vom 2.12.2004 bis 4.12.2004 planen.

Das Thema der Konferenz ist der Wandel der Grenzen. Diese erschienen in der Vergangenheit relativ unverrückbar. Nationale Geschichten in ihrer Unterschiedlichkeit und das System internationale Beziehungen schienen sich in ihnen physisch verkörpert zu haben. Der wirtschaftliche und kulturelle Wandel der jüngsten Vergangenheit hat dieses Bild ins Wanken gebracht. Wie werden sich in einer Welt des ungehinderten Flusses der Waren und Dienstleistungen, die gleichwohl mit aller Gewalt die freie Bewegung von Migranten und Flüchtlingen zu verhindern sucht, in Zukunft nationale Grenzen entwickeln? Unter den neuen Verhältnissen hören Grenzen auf, einfach unterschiedliche Nationalgeschichten voneinander zu trennen. Neuartige Grenzen bilden sich zwischen Sprachen, ethnischen Gruppen. Unvorhersagbare Prozesse der Inklusion und Exklusion nehmen zu; eine neue Balance zwischen statischen und mobilen Gruppen entwickelt sich.

Die Veranstalter werben um Beiträge zu folgenden Themen:

- *Border Studies: past, present and future*
 - *Border Studies: implications for the nation-state*
 - *Before and after borders: frontiers, marches and walls*
 - *Borders, wars and international conflicts*
 - *New borders? language, religion, ethnicity*
 - *Gendered Borders - Gendering Border Studies*
 - *'The Clash of civilisations'? – Previous models and present realities*
- The organisers would also welcome papers on any other related topics.*

Die Beiträge sollen nicht länger als zwei Seiten sein und mit cv und aktueller Adresse **bis 30. Juni 2004** eingesandt werden an:

- ☛ Prof. Chris Williams und Dr. Sharif Gemie, Centre for Border Studies, School of Humanities (University of Glamorgan, Pontypridd: CF37 1DL, Wales, United Kingdom)

eMail cwilli16@glam.ac.uk
eMail: sgemie@glam.ac.uk

- ☛ PD Dr. Arnd Bauerkaemper, Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, Freie Universität, Koserstr. 20, 14195 Berlin.
eMail: baue@zedat.fu-berlin.de

Info im Netz: <http://www.glam.ac.uk/hass/research/border/>
<http://www.fu-berlin.de/zvge/>

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2664>.

F3/04-1: Making Diversity Work Throughout the World

Die 5. Internationale *Managing Diversity* Konferenz in der Universität Potsdam am Lehrstuhl für „Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Organisation und Personalwesen“ richtet sich sowohl an Experten und Manager als auch an Wissenschaftler und Politiker mit Verantwortung in *Diversity Management* von **Organisationen mit internationalem Hintergrund**. In skurrilem pidgin-Deutsch erklären die Veranstalter:

„Spezieller Fokus soll gelegt werden auf:
die Entwicklung eines konzeptuellen Verständnisses des Wert(e)-orientierten *Diversity Managements*
die Wahrung nachhaltiger *Performance* mit Hilfe von *Diversity Management*
die Hervorhebung und Messung des *Business Case* für internationales *Diversity Management*
das *Management* produktiver *Diversity* von Gesellschaften und Unternehmungen
die Entwicklung einer Wissensorganisation durch *Diversity Management*
die Integration des *Diversity Managements* in geschäftliche Zielvereinbarungen
das *Top Management Diversity Training*.“

Die Universität Potsdam unterhält intensive Beziehungen zum Iran. Deswegen nehmen auch Gäste von der Universität Teheran teil, Dr. Paviand Sepehri und Prof. Taslimi, der Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Der Lehrstuhlinhaber Prof. Dr. Dieter Wagner eröffnet die Konferenz mit einem Vortrag über *Diversity in a Globalizing World – Imperatives for General Management, Human Resource Management and International Marketing*. Es folgt Rosalyn O'Neal, die Executive Vice President of Diversity bei **MTV Networks**) mit einem Referat über *Managing Diversity and Inclusion: Three Stages in Every Journey*.

Die Teilnehmer und die Themen der Tagung sind aus interkulturellem Blickwinkel von großem Interesse. Es können hier nur für besonders vielversprechende Vortragsthemen geworben werden. Ein Besuch auf der *website* der Tagung lohnt sich.

Es geht natürlich stark um Personalführung. Die Leiterin der Abteilung *Change Management und Diversity* bei der **Deutsche Lufthansa AG**, Monika Rühl spricht über „Wertschöpfung durch Wertschätzung“. Melissa Lamson, die Geschäftsführerin von **Lamson Consulting**, ist *Specific Best Practices of U.S. Diversity Managers* auf der Spur und fragt: *Are they applicable in a German (European) context?* „Teamwork unter ‚fremder‘ Flagge: *leader-member-exchange* interkulturell“ ist das Thema von Roger Crijns, Professor an der Radboud Universität Nijmegen und *Head* der *German Section / Business Communication Studies TCI*.

Marketing ist das Thema z.B. von Michael Stuber, dem Geschäftsführer von *mi.st [Consulting* („*Diversity* im internationalen Marketing“).

Michael Stuber wird auch die „Praktischen Auswirkungen der EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinie“ darstellen. Um „*Gender- und Diversitätsmanagement: Qualifikationsbedürfnisse in der betriebswirtschaftlichen Universitätsausbildung*“ geht es Prof. Edeltraud Hanappi-Egger und Mag.a. Roswitha Hofmann (beide von der Wirtschaftsuniversität Wien, Abteilung *Gender and Diversity in Organizations*).

Lorene Gottschalk und Veronique Lemardeley (University of Ballarat, Australien) machen eine *Examination of the Extent of Cultural Differences Experienced by French Managers in Australia and how they Managed such Differences*. Diplom-Wirtschaftsingenieurin Kathrin Elmerich, Mitarbeiterin am Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion (Abteilung Arbeitswissenschaft) der Universität Karlsruhe, und Dipl.-Ök. Christine Watrinet, Mitarbeiterin am Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion (Abteilung Arbeitswissenschaft) der Universität Karlsruhe, präsentieren eine Inhalts- und Wirkungsanalyse von Leitbildern unter dem Aspekt *Managing Diversity*.

Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt zu Fragen des interkulturellen Trainings: Prof. Hannelore Küpers von der Fachhochschule Bochum (Lehrstuhl für soziale und kommunikative Kompetenz und interkulturelles Management) und dem dortigen „Institut für zukunftsorientierte Kompetenzentwicklung“ (IZK), stellt ein Ausbildungsprogramm für Studierende der Ingenieurs- und Wirtschaftswissenschaften vor. Und Brigitta Wolff, BWL-Professorin an der Universität Magdeburg für *International Management*) und M.Sc. Stefanie Sperber (Assistentin am KfW-Stiftungslehrstuhl für *Entrepreneurship* der Universität Magdeburg) versuchen, die „Effizienz von interkulturellem Training aus Sicht der Neuen Institutionenökonomik“ zu beurteilen.

Quelle: Voigt (Potsdam)

F4/04-1: Entwicklung und Ethik: Gelungener Brückenschlag

Thomas Kesselring, *Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung* (München: C. H. Beck 2003), 323 Seiten; 24,90 EUR

Schnell sind Nützlichkeitsabwägungen zur Hand, wenn es darum geht, Bedarf und Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit rechtfertigen zu müssen. Unter dem Eindruck knapper Kassen und wankelmütiger Spendenbereitschaft wird der Appell an den Eigennutz und an das „aufgeklärte Eigeninteresse“ zum letzten Rettungsanker, sollte die Überzeugungskraft anderer Argumente versagen. Die Konjunkturimpulse, die sich für die Wirtschaft der Geberländer aus der Erschließung der „Märkte von morgen“ ergeben, die erfolgreiche Eindämmung von Flüchtlingsströmen aus Armuts- und Bürgerkriegsländern oder – neuerdings en vogue – die Austrocknung des Nährbodens für den internationalen Terrorismus erweisen sich so, je nach politischer Konjunktur, als schlagkräftige Gründe zur Legitimation der Entwicklungspolitik.

Die reichhaltige Literatur, die mittlerweile in erster Linie im angloamerikanischen Raum zur Ethik der Entwicklungszusammenarbeit und zu den ethischen Grundlagen internationaler Beziehungen vorliegt, kommt freilich zu einem guten Teil zu dem Schluss, dass die Wohlhabenden dieser Welt zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Reform einer ungerechten Weltordnung verpflichtet sind.

Ethische Erwägungen dieser Art haben bisher kaum Eingang in den entwicklungspolitischen Diskurs gefunden. Der überfällige Brückenschlag zwischen Ethik und Entwicklungspolitik gelingt, weil Kesselring in beiden Themenfeldern bestens bewandert ist und auch sprachlich zwischen den scheinbar getrennten Welten sicher vermitteln kann.

Kesselrings Buch bietet weniger den Entwurf eines eigenständigen entwicklungsethischen Konzeptes, als vielmehr eine übersichtliche, zuweilen lehrbuchhafte Einführung in Positionen der zeitgenössischen Politischen Philosophie zum einen, in die ethischen Herausforderungen der gegenwärtigen Weltlage zum anderen. Zunächst skizziert und diskutiert Kesselring profilierte Ansätze der angelsächsischen politischen Philosophie und Sozialethik, darunter die utilitaristischen Positionen von Peter Singer und Garrett Hardin, die **Pflichtenethik** Onora O’Neills, die vertragstheoretische Gerechtigkeitskonzeption von John Rawls oder den Essentialismus Martha Nussbaums. Der zweite Teil ist der Analyse der Globalisierung und der Nord-Süd-Verhältnisse, sowie einer „Bilanz der Entwicklungshilfe“ gewidmet, während das letzte Kapitel nochmals, nun an-

knüpfend an Ansätze aus der deutschsprachigen Philosophie, die Frage nach einer ethischen Verpflichtung zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit aufgreift und Entwicklungsprioritäten aus normativer Sicht definiert.

Vorrang für Grundrechte

Utilitaristische Positionen, die den ethischen Wert der Hilfe an dem Ausmaß bemessen, in dem es ihr tatsächlich gelingt, menschliches Leid zu mindern, werden von Kesselring mit dem berechtigten Argument zurückgewiesen, sie vernachlässigten die Rolle handlungsleitender Prinzipien und die Bedeutung der Menschen- und Grundrechte. Er präferiert einen **Grundrechte-Ansatz** als Ausgangspunkt für eine Theorie der sozialen Gerechtigkeit auch gegenüber dem Pflichtenansatz O'Neills, da sich auch „Rechtspflichten nur von den Grundrechten her bestimmen“ (S. 65) ließen. Breiten Raum nimmt daher die Darstellung der vertragstheoretischen Grundrechts- und Gerechtigkeitskonzeption von **John Rawls** ein, die er gegenüber den kritischen Einwänden von Amartya Sen und Martha Nussbaum („Das Gute hat Vorrang vor dem Rechten“) verteidigt.

Kesselring geht davon aus, dass sich das Rawls'sche „**Differenzprinzip**“, nach dem gesellschaftliche Ungleichheit nur insoweit als gerechtfertigt gelten kann, wie sie sich zum größtmöglichen Vorteil für die am wenigsten Begünstigten auswirken, „ohne weiteres auf die Entwicklungspolitik anwenden“ (S. 238) lässt. Allerdings weicht Kesselring an dieser Stelle den Schwierigkeiten aus, die auf der Hand liegen, wenn weitreichende Solidaritätspflichten, die sich aus der Mitgliedschaft in einer begrenzten Solidargemeinschaft ergeben, eins zu eins auf Weltniveau übertragen werden sollen. Auch hätte man sich einige Anmerkungen zu der Frage gewünscht, wie sich eine hier in Umrissen skizzierte „globale Ethik“ angesichts der kulturellen Vielfalt der in der Weltgesellschaft vertretenen Ethikentwürfe Akzeptanz und Geltung verschaffen kann.

Auch die Ausführungen zu Globalisierung und Entwicklungspolitik können, wenngleich sich Kesselring als profunder Kenner der Materie erweist, nicht in jeder Hinsicht befriedigen. Der Autor ist darum bemüht, die globalen und regionalen Entwicklungsdisparitäten vor dem Hintergrund eines unausgegorenen Zentrum-Peripherie-Modells zu interpretieren. Angesichts des breiten Raums, den die Darstellung der strukturellen Ursachen des Nord-Süd-Gefälles zu Recht einnimmt, verwundert es, dass die „Entwicklungshilfe“ in ihren Leistungen wie in ihren Fehlern zum Hebel der Weltveränderung überhöht wird.

Dennoch ist das Buch sowohl der an ethischen als auch der an entwicklungspolitischen Fragen interessierten Leserschaft gleichermaßen sehr zu

empfehlen. Thomas Kesselring ist es gelungen, eine überfällige Debatte anzustoßen und die ethische Frage auf die entwicklungspolitische Agenda zu setzen.

Quelle: Zeitschrift Entwicklungspolitik 4/2004 (Rezension von Klaus Seitz) / PF (Zusammenfassung).

I. Islam, mittlerer Osten und Europa

I1/04-1: Islam in der Arbeitswelt

Die Zahl der Mitbürger islamischen Glaubens hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das Bedürfnis der in Deutschland lebenden Muslime und Muslime, ihren Glauben auszuüben, trifft bei vielen auf Skepsis. Da Islam häufig mit Fundamentalismus und Unterdrückung gleichgesetzt wird, hat ein Seminar, das ben die Veranstaltung zum einen das Ziel, Basisinformationen über den Islam zu erlangen, um eine sachliche Diskussion zu ermöglichen. Welche muslimischen Organisationen gibt es in Deutschland? Wie sehen die Arbeitnehmerrechte und die Situation der Gewerkschaften in Staaten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung aus? Welche besonderen Bedürfnisse haben Muslime in der Arbeitswelt? Wie ist das Verhältnis der Gewerkschaften gegenüber islamischen KollegInnen? Diese Fragen werden in Wochenseminaren des Deutschen Gewerkschaftsbundes an verschiedenen Standorten in Deutschland angeboten und sollen zum besseren Verständnis der „fremden“ islamischen Kultur beitragen. Termine sind aus dem Veranstaltungskalender zu entnehmen.

Quelle: <http://www.nord-sued-netz.de/>

J. Jugendpolitik

J1/04-1: Jugendverbände plädieren für freiwilliges Engagement

Immer mehr Jugendliche suchen nach Möglichkeiten, sich zu engagieren, wenn ihnen die Arbeit sinnvoll erscheint. Dies wird u.a. durch eine steigende Nachfrage der Jugendlichen nach einem Orientierungs- und Bildungsjahr deutlich.

Die Forderung der Ministerpräsidenten Böhmer (CDU, Sachsen-Anhalt) und Steinbrück (SPD, Nordrhein-Westfalen) nach einem **sozialen Pflichtjahr für Jugendliche** stößt daher bei der BKJ auf Unverständnis. Der Zwang zu sozialem Engagement führe weder zu mehr Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, noch zu mehr Selbstständigkeit junger Menschen. Vielmehr biete das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur,

das die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung **BKJ** seit drei Jahren anbietet persönliche Entwicklungschancen. Über 2000 Jugendliche bewarben sich allein im Jahr 2003 um die rund 250 Einsatzstellen im Bereich Kultur.

„Die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste sind der richtige Weg, damit Jugendliche Interesse an der Gestaltung unserer Gesellschaft finden“ so die Geschäftsführerin der BKJ, Hildegard Bockhorst. „Das FSJ Kultur bietet – wie auch die anderen bewährten Freiwilligendienste – vielfältige Chancen für persönliche, berufsorientierende und **interkulturelle Lernerfahrungen**. Es schafft gesellschaftlich notwendige Gelegenheiten zum Lernen von Engagement und Gemeinsinn. Freiwerdende Mittel aus dem Zivildienstetat sollten unbedingt für mehr Einsatzmöglichkeiten in der Kultur genutzt werden.“

Quelle und weitere Informationen im Internet unter: [www.reininsleben.bkj.de / pf](http://www.reininsleben.bkj.de/pf)

J2/04-2: Jugendaustausch – und dann ...?

Anfang März 2004 ist der zweite Band der Reihe „Studien zum Forscher-Praktiker-Dialog“ zur internationalen Jugendbegegnung erschienen. Unter dem Titel "Jugendaustausch - und dann ...?" geht es um Erkenntnisse und Folgerungen aus Langzeitwirkungsstudien im internationalen Jugendaustausch, um Followup-Angebote sowie um die Nutzung der Austauschverfahren.

Zeuschel, Ulrich (Hrsg.): Jugendaustausch — und dann ...? Erkenntnisse und Folgerungen aus Wirkungsstudien und Nachbetreuungsangeboten im internationalen Jugendaustausch = Studien zum Forscher-Praktiker-Dialog, Bd.2 (Bensberg: Thomas-Morus-Akademie 2004), 184 S.; ISBN 3-89198-104-X; 8,- € zzgl. Versandkosten bei der Thomas-Morus-Akademie.

Zum Inhalt

Die Teilnahme an internationalen Jugendaustauschprogrammen bietet neben Chancen für individuelle Persönlichkeitsentwicklung auch Potenziale für eine nachhaltige Umsetzung und aktive Weitergabe der dabei gewonnenen Erfahrungen auf dem weiteren Lebensweg. Der Band präsentiert wissenschaftliche Modelle und Forschungsergebnisse zu Langzeitwirkungen der Austauschteilnahme. Persönliche Reflexionen ehemaliger ProgrammteilnehmerInnen veranschaulichen die Ergebnisse. Aus der Perspektive von Trägerorganisationen werden Angebote und Qualifizierungsprogramme zur gezielten Nachbereitung und Fortführung der interkulturellen Lernerfahrungen vorgestellt.

Diese Publikation wendet sich damit nicht nur an Austauschforscher und Austauschforscherinnen, Praktiker und Praktikerinnen, sondern auch an ehemalige und zukünftige Austausch Teilnehmer und -teilnehmerinnen, um Perspektiven zur per-

sönlichen Nutzung und zivilgesellschaftlichen Anwendung interkultureller Lernerfahrungen und Kompetenzen aufzuzeigen.

Kontakt: Thomas-Morus-Akademie Bensberg, D-51429 Bergisch Gladbach, Overather Straße 51-53; Fon (02204) 40 84 72; Fax (02204) 40 84 20; *eMail:* akademie@tma-bensberg.de; *homepage:* www.tma-bensberg.de

Text: *forscher-praktiker-dialog / Zeuschel*

J3/04-2: TÜV für kulturelle Bildungserfolge

Am 4. und 5. März 2004 veranstaltete die Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V. (BKJ), Dachverband der Kinder- und Jugendkulturarbeit in Deutschland, in Hannover die Fachtagung "**Lernen sichtbar machen. Der Kompetenznachweis Kultur – ein Nachweis von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung**". 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten zwei Tage lang über die Bedeutung von Schlüsselkompetenzen und über den Kompetenznachweis Kultur, einen neuen Bildungspass, der das sichtbar macht, was Jugendliche in kulturellen Einrichtungen lernen.

Eigenständige und kreative Problemlösung, soziales Interesse und Verantwortung, Selbstbewusstsein, Flexibilität, Toleranz oder Konfliktfähigkeit sind notwendige Grundkompetenzen für ein in persönlicher und beruflicher Hinsicht zufriedenstellendes Leben. In den Kursen, Werkstätten und Projekten der kulturellen Kinder- und Jugendbildung werden Schlüsselkompetenzen wie diese gefördert und gefordert. Bislang gab es für solche Lernerfolge keinen sichtbaren Nachweis. Mit dem **Kompetenznachweis Kultur** existiert erstmalig die Möglichkeit, die Wirkung kulturellen Lernens nachzuweisen und zu beschreiben. Er gibt Jugendlichen eine Anerkennung für ihr künstlerisch kreatives Tun und kann ihnen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern.

Vera Timmerberg, Projektleiterin des BKJ-Projekts, stellte den Kompetenznachweis Kultur vor. Als zentralen Punkt behandelte sie das Nachweisverfahren, das in vier Schritten gemeinsam mit dem Jugendlichen über Gespräche, Reflexionen und Beobachtungen zur Erstellung des Kompetenznachweis Kultur und damit zur Anerkennung individueller Stärken und Fähigkeiten führt.

Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender der BKJ und wissenschaftlicher Begleiter des Projekts warnte vor allzu großen Erwartungen an den Kompetenznachweis Kultur. „Dieses Projekt kann nicht die Problematik der fehlenden Wirkungsforschung im Bereich der kulturellen Bildung kom-

pensieren.“ Aber neben den genannten Zielen habe das Projekt auch eine Art Schutzfunktion: „Die kulturelle Bildung wird an der national und international gestellten Frage der Kompetenzmessung nicht vorbeikommen. Aber bevor wir erleben, dass andere uns sagen, wie wir in der kulturellen Jugendbildung zertifizieren müssen, machen wir es lieber selber.“ Die entwickelten Methoden der Erfassung und des Nachweises von Schlüsselkompetenzen wirkten vielleicht im ersten Moment fremd und abschreckend. Doch diejenigen, die sie in der Praxis kennen gelernt hätten, wüssten souverän damit umzugehen und schätzten die Ergebnisse der Mehrarbeit sowie die zusätzliche Qualifikation durch die Fortbildung. Max Fuchs: „Letztendlich geht es auch um die gesellschaftliche Anerkennung unserer Arbeit. Die Frage nach der Legitimität kultureller Einrichtungen ist laut geworden. Es ist unsere Verantwortung, die Wirkungen kultureller Bildung sichtbar zu machen. Der Kompetenznachweis Kultur ist hierfür ein gutes Instrument.“

Die nächste Fortbildung zur Erfassung und Zertifizierung von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle Bildung findet vom 25. bis 27. Juni 2004 in Niedersachsen statt. pf

Quelle und detaillierte Informationen zum Nachweisverfahren: <http://www.kompetenznachweiskultur.de/>

K. Kooperationen

K1/04-1: „Nichts über uns ohne uns“ – Menschen mit Behinderung als Partner und Partnerinnen in der Entwicklungszusammenarbeit

Unter diesem Motto fand Ende 2003 eine internationale Tagung im GTZ-Haus in Berlin statt. Diese Veranstaltung hatte zum Ziel, Impulse für eine gleichberechtigte Teilhabe in entwicklungspolitischen Maßnahmen mit der Beteiligung der Betroffenen und ihrer Organisationen zu geben.

Der Veranstalterkreis setzte sich zusammen aus nicht-staatlichen und staatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Ansatz des *Inclusive Development*, der eine gleichberechtigte Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung bei allen entwicklungspolitischen Maßnahmen mit der aktiven Beteiligung der Betroffenen beinhaltet. Behinderung wird in diesem Kontext auch nicht mehr als medizinisches Modell, sondern als eine Frage der Menschenrechte gesehen.

Die Weltbank, die EU und einige europäische Regierungen haben die Belange behinderter

Menschen bereits als integralen Bestandteil in ihre Entwicklungspolitik aufgenommen. Besonders die skandinavischen Länder nehmen eine Vorreiterstellung ein. Bislang haben zwei Länder (Norwegen und Finnland) Behinderung offiziell in ihre entwicklungspolitischen Leitlinien aufgenommen. Mit DSI in **Dänemark** sowie auch SHIA in **Schweden** existieren im skandinavischen Raum starke Behindertenverbände, die mit staatlichen Mitteln bereits seit Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und diese mit gestalten.

Auf deutscher Seite wird die entwicklungspolitische Zusammenarbeit die Förderung von Menschen mit Behinderung betreffend hauptsächlich von Nicht-Regierungsorganisationen wahrgenommen, die sich in der **VENRO-Arbeitsgruppe „Behindertenarbeit in Entwicklungsländern“** zusammengeschlossen haben. Diese Arbeitsgruppe setzt sich nicht nur dafür ein, Behinderung als wichtiges Thema in entwicklungspolitischen Prozessen und Dokumenten zu verankern, sondern bemüht sich auch um eine stärkere Beteiligung von Menschen mit Behinderung und ihren Organisationen bei entwicklungspolitischen Vorhaben. So ist es z.B. auf die Bemühungen dieser Arbeitsgruppe zurückzuführen, daß Menschen mit Behinderung im Aktionsprogramm Armutsbekämpfung der Bundesregierung als wichtige Zielgruppe aufgenommen wurde.

Waren Projekte der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) jahrelang nur auf den orthopädischen Sektor begrenzt, so unterstützt die GTZ nun Vorhaben für Menschen mit Behinderung auch in anderen Bereichen, z.B. Sport, Berufsbildung, Schulbildung.

Von deutscher Seite wird ebenso die Entwicklung einer Menschenrechtskonvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung unterstützt. Trotz der Verabschiedung der *Standard Rules on the Equalization of Opportunities of People with Disabilities* im Jahre 1993, hat sich die Situation vieler behinderter Menschen nicht verbessert. Da die *Standard Rules* kein verbindliches Instrument darstellen, mit denen Menschen mit Behinderung ihre Rechte einfordern können, verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Resolution, die Mitte 2003 zu dem Übereinkommen führte, daß eine Menschenrechtskonvention erarbeitet werden soll.

Das Konzept der gemeindenahen Rehabilitation (*community based rehabilitation*) berücksichtigt die in Entwicklungsländern knappen Ressourcen und zeigt, wie *Inclusive Development* praktisch umgesetzt eine weitaus größere Zahl von behinderten Menschen erreicht, unter aktiver Beteiligung von Menschen mit Behinderung. In Bangladesch entwickelt, werden nun auch Projekte in

Indien, Nepal, Indonesien und Philippinen durchgeführt.

In Entwicklungsländern besteht ein Netz von Organisationen von Menschen mit Behinderung. Diese stehen als Projektpartner zur Verfügung, auch wenn die Kooperationen mit Entwicklungsorganisationen noch sehr viel stärker ausgebaut werden müssen. Dort, wo Selbsthilfeorganisationen bereits vorhanden sind und die notwendigen Strukturen etablieren konnten, wirkt sich ihre Arbeit auf die Entwicklung ihrer ganzen Gemeinschaft aus. Allerdings wird es auch in Zukunft noch sehr wichtig sein, Menschen mit Behinderung in den südlichen Ländern mit geeigneten Maßnahmen in die Lage zu versetzen, als Projektpartner tätig werden zu können.

Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind in der Regel am Thema Behinderung nicht besonders interessiert. Erst die Vorgaben von staatlicher Seite eröffnen die Möglichkeit für eine intensivere Zusammenarbeit. Die Erfahrungen aus Finnland und Dänemark zeigen, dass eine Zusammenarbeit zwischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und Behindertenorganisationen, sehr effizient ist, Synergien schafft und zur Entwicklung neuer Modelle beiträgt. Von Bedeutung ist überdies, dass Menschen mit Behinderung in Entwicklungsorganisationen mitarbeiten und von Seiten der Organisationen auch aktiv angeworben werden.

Quelle: Die Beiträge der Tagung werden als Online-Dokumentation erscheinen und sind abrufbar unter: [www.bezev.de / pf](http://www.bezev.de/pf).

M. Migration und Ausländerpolitik

M1/1-04: Die Weimarer Republik und ihre osteuropäischen Zuwanderer

Das Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück; das Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur (Leipzig) und die Deutsche Stiftung Friedensforschung (Osnabrück) veranstalten am 6. und 7. Mai 2004 im Renaissancesaal (Am Ledenhof 3-5) eine Konferenz zur Migrations- und Integrationsgeschichte der Weimarer Republik: „Bedrohung und Abwehr: Die Weimarer Republik und ihre osteuropäischen Zuwanderer“.

Das Thema hat offensichtlich aktuelle Bezüge, anfangend bei der „europäischen „Gastarbeiterperiode“ nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die gegenwärtigen publizistischen Debatten. In dem geplanten Workshop wird es darum gehen, unter besonderer Berücksichtigung jüdischer Migratio-

nen, einige der Elemente und Entwicklungen für die Weimarer Republik herauszuarbeiten.

Die Zuwanderung aus Osteuropa galt in der Weimarer Republik, so die der Idee des Workshops zugrundeliegende **These**, in politischer Debatte und publizistischer Diskussion als Bedrohung und Belastung. Migration figurierte als gravierendes soziales, wirtschaftliches, politisches und kulturelles Problem, das wenig Vorteile, aber viele Nachteile und Gefahren in sich zu bergen schien. **Ängste** vor der Zunahme von **Erwerbslosigkeit**, dem wirtschaftlichen **»Ausverkauf«** Deutschlands oder der kulturellen **»Überfremdung«** beherrschten eine Debatte, in der Migration sich zumal in den wirtschaftlichen Krisenjahren der Republik zu einer Obsession steigerte. Migration wurde zunehmend stärker kontrolliert und reguliert, protektionistische Wanderungspolitik suchte Auswanderung und Zuwanderung zu begrenzen und einzudämmen.

Andreas Fahrmeir spricht über: europäische Konzepte zur osteuropäischen Einwanderung und Jochen Oltmer über deutsche Konzepte, Simone Herzig über die osteuropäische Zuwanderung und die veröffentlichte Meinung in den Krisenjahren der Weimarer Republik 1918-1924, Dieter Gosewinkel speziell über die jüdische Zuwanderung aus Osteuropa („Ausgrenzung durch Staatsangehörigkeit“). Weitere Beiträge befassen sich mit Russen, Polen, ungarisch-jüdischen Intellektuellen und der Zuwanderung nach Berlin.

Weitere Information: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Tel. 0541/969 4384, Fax 0541/969 4380; eMail: imis@uni-osnabrueck.de; www.imis.uni-osnabrueck.de.

Quelle: <http://heozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2625>.

M2/1-04: II. Rieti International Meeting

ARI (*Associazione Rieti Immigrant-Provincia*) organisiert das zweite *Rieti International Meeting on the issue of Refugees and Asylum Seekers*, das vom **16. bis 19.6.2004** stattfindet.

Nach der ersten Tagung im vergangenen Jahr 2003, auf der 11 Länder vertreten waren, erwarten die Veranstalter diesmal mehr als 90 Repräsentanten europäischer und außereuropäischer Staaten. Die diesjährige Tagung ist mehreren Zielen verschrieben:

- Die Konferenz will eine Stimme erheben für Asylsuchende. Die Konferenzorganisatoren sind sich bewußt, daß das Problem von Asyl ein weltweites ist.

- In den Arbeitsgruppen sollen gemeinsame Erklärungen erarbeitet werden. Die Diskussionen sollen in einen Vorschlag für ein europäisches System des Schutzes von Asylsuchenden und Flüchtlingen einmünden.

- Die verschiedenen juristischen, parlamentarischen und politischen Aspekte des Problems in den Mitgliedsstaaten der EU sollen im Vergleich erörtert werden.
- Ist die EU ein Modell sozialer Demokratie im Hinblick auf Schutz der Bürgerrechte, Freiheit und gerechte Behandlung Asylsuchender? Wie stellt sich die Rolle der Europäischen Konvention für Menschenrechte dar? Welches ist die gegenwärtige Funktion des Europa-Rates?
- Vertreter öffentlicher Körperschaften und nationaler wie internationaler Organisationen sollen einbezogen werden.
- Inwieweit können internationale Organisationen, Staaten und NGOs als Unterstützer wirken?
- Flüchtlinge und Asylsuchende brauchen keine Teilnahmegebühren zu zahlen. Auf ihre Berichte und Erfahrungen wollen die Veranstalter großen Wert legen.
- Unter den Berichten aus den Regionen erwähnen die Veranstalter in ihrem Programm speziell die Lage der Flüchtlinge in Westafrika.
- Trotzdem hat die Konferenz auch einen starken Fokus auf Italien. Zwischen den italienischen Kommunen soll ein Dialog in Gang gebracht werden, um effektive Methoden für die Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu erarbeiten. Der Erörterung der Gesetzeslage in Italien und ihrer Klärung wird viel Raum gewidmet werden.

Kontakt: website: <http://www.ariweb.it>; Tel.: (+39 0746) 294465; Tel/fax: (+39-0746) 491648; eMail: refugees_conference@tiscali.it

Quelle: united e-news 17.3.04 / at

M3/1-04: Integration von Spätaussiedlern in Deutschland

Der Einfluss sozio-kultureller Faktoren auf den Integrationsprozess von Spätaussiedlern von Daniela Franzke u. Michael Schönhuth (Hrsg.). *Entwicklungsethnologie*, Heft 2, 2002 11. Jg., erschienen 2003

Die AGEE (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungsethnologie) hat sich seit 2001 mit der Analyse der kulturellen und sozialen Voraussetzungen von Spätaussiedlern, vor allem Russlanddeutsche aus ihren Herkunftsländern beschäftigt. Die Mehrzahl der Beiträge in diesem Heft sind Ergebnisse einer Tagung, die im September 2002 stattgefunden hat.

Worüber definieren **Russlanddeutsche** heute ihre kollektive Identität? In dem Beitrag von Tamara Constable setzt sich die Autorin mit der Frage auseinander, wie Identitätsbildung stattfindet. Sie beschreibt, wie nach der Perestrojka bei Russlanddeutschen zunächst ein Prozess der „nationalen Wiedergeburt“ einsetzte, der mit dem

Streben nach größtmöglicher ethnischer Autonomie nationale Tradition, Kultur und Geschichte rekonstruierte.

Die Wolgarepublik, von Lenin versprochen, war in den ersten Jahren ein Ziel für viele Russlanddeutsche. Nach 1992 wurde deutlich, dass dieses Ziel nicht verwirklicht werden könnte und die BRD trat mit Migrationsangeboten wie auch mit „Hilfen zum Bleiben“ als einflussreicher Akteur auf.

Problematisch für die ethnische Selbstdefinition waren einerseits die sowjetisch geprägten Definitionen und Institutionen, die den Russlanddeutschen einen bestimmten Platz zuwiesen. Schwierig war aber für die Russlanddeutschen auch, sich zwischen zwei Staaten als mögliche Heimat zu entscheiden. Beide Staaten stellten Loyalitätsbedingungen, die sich in bestimmten Bereichen der Selbstdefinition gegenseitig ausschlossen. So bestimmte letztlich die Bundesrepublik, was „deutsch“ war und sogar, was „russlanddeutsch“ genug war, um in die BRD einreisen zu können.

Auf der praktischen Ebene verweist Tamara Constable darauf, dass es vor allem für die verbleibenden Russlanddeutschen in ihren Herkunftsländern eine große Zerrissenheit gibt, da die Masse der Abgewanderten neue Strategien der Identitätsfindung entwickeln müssen. Diese muss wahrscheinlich auf die von zwei Staaten geschaffene „ethnische Infrastruktur“ aufbauen.

In dem Beitrag von Sabine Zinn-Thomas geht es um die Wahrnehmung kultureller Differenzen am Beispiel der Russlanddeutschen in Sohren, einem Ort im **Hunsrück**. Dort siedelten sich nach Abzug der US-Soldaten Russlanddeutsche an. Die Autorin untersucht qualitativ die **gegenseitige Wahrnehmung** der einheimischen mit der zugezogenen russlanddeutschen Bevölkerung und konstatiert, dass der Umgang mit den Amerikanern einer mit „fremden Freunden“ war. Das Anderssein blieb bestehen, wurde jedoch als nachahmenswert empfunden. Die Russlanddeutschen jedoch wurden im Vergleich zu den Amerikanern als „fremdere Fremde“ wahrgenommen. Die enttäuschten Erwartungen an das Zusammenleben, so die Autorin, führte zu einem Gefühl sozialer Ungleichheit und Benachteiligung bei den Einheimischen. Daraus resultierende Konflikte im Zusammenleben beider Gruppen wurden dann als Ausdruck der jeweils kulturellen Andersartigkeit **umgedeutet**, die zur gegenseitigen Abgrenzung beitragen.

Die Autorin schlägt vor, zwischen tatsächlicher kultureller Differenz und konstruierten ideologischen Umdeutungen kultureller Differenz zu unterscheiden zu lernen. Man müsse von den Vorstellungen von Kultur als geschlossenes System hin zu dynamischeren Modellen wechseln, in dem der Raum zwischen den Kulturen einen höheren

Stellenwert erhalte. Leider führt die Autorin die Diskussion nicht konsequent weiter. Das seit Mitte der 90er Jahre breiter diskutierte Konzept der **Transkulturalität** von Welsch würde sich hier anbieten. Fragen der Integration und Akkulturation würden sich unter diesem Blickwinkel breiter diskutieren lassen.

Lilo Locher weist in ihrem Beitrag zu Migrationsentscheidungen von Spätaussiedlern nach, dass Menschen mit einem stärkeren Bezug zu ihren deutschen Wurzeln eher auswandern als die, die in ihren Herkunftsgebieten assimiliert sind. Der Aufbau von sozialen Netzwerken in Deutschland erleichtert die Migrationsentscheidung ebenso stark wie das Zusammenbrechen der tradierten Netzwerke in den Herkunftsländern durch den massiven Wegzug der Migranten. Für eine Verstärkung des Migrationsstroms empfiehlt die Autorin, dass die Einreisebestimmungen in Zukunft nicht erschwert werden. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Beispiel der Einwanderung nach Israel, in dem sich auch eine unregulierte Zuwanderung im Zeitablauf gleichmäßig verteilen kann.

In weiteren kleineren Artikeln wird auf einige Praxisbeispiele zur Integration von Spätaussiedlern in Deutschland hingewiesen. Insgesamt ist das Sammelheft eine anregende Lektüre, die die Problematik von Spätaussiedlern aus unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet. Gleichzeitig fehlt durch die Vielfalt eine gewisse Stringenz in der theoretischen Reflektion, die nicht auf die neuesten Forschungsansätze zurückgreift und letztlich den üblichen Integrationsansätzen verhaftet bleibt.

pf

M4/04-1: Afrikanische christliche Kirchen in Europa gewinnen an Bedeutung

Die "Interdisciplinary Conference of the African Christian Diaspora in Europe" fand im September 2003 zum dritten Mal statt, dieses Mal in Berlin, um an das historische Datum der Berlin-Konferenz zur Aufteilung von Afrika zu erinnern. Die Konferenz war entsprechend der Tradition der meist charismatischen afrikanischen Kirchen eine ungewöhnliche Mischung aus wissenschaftlichen Beiträgen und Gebeten und Gesängen. In der Konferenz wurde der sehr wichtige Beitrag von Roswitha Gerloff, einer deutschen Theologin und Pfarrerin, aktivem SSIP-Mitglied, an der Entwicklung der afrikanischen Kirchen in der Diaspora gewürdigt.

In den Konferenzbeiträgen wurde deutlich, dass nicht nur die islamischen Gruppen in Deutschland an Bedeutung gewinnen, sondern auch die christlichen. Die Zahl der Afrikanischen Kirchen in Europa hat stark zugenommen, wobei die Zahlen

nur geschätzt werden können. Die Universität Bayreuth entwickelt seit zwei Jahren eine Datei, in der bisher 160 afrikanische Kirchen erfasst sind. Im Rheinland waren von 400 Auslandskirchen 160 afrikanische. Der Rat der Afrikanischen Kirchen in Berlin startete 2000 mit drei Mitgliedskirchen, heute sind es schon 40.

Anders als im Islam trägt die gemeinsame christliche Religion wenig zur Integration der meist afrikanischen Mitglieder bei. Oft haben diese „Auslandskirchen“ Schwierigkeiten, Räume in den etablierten christlichen Kirchen Deutschlands zu bekommen, die Ökumene an der Basis ist eher schwierig zu verwirklichen. Für viele Migranten sind „ihre“ Kirchen ein Rückzugsgebiet, in dem sie unter sich Gemeinschaft pflegen.

Seit einigen Jahren gibt es Bemühungen von verschiedenen evangelischen Stellen, mehr Offenheit in die deutschen Gemeinden zu bringen. Vor allem die afrikanischen Chöre spielen bei den ökumenischen Kontakten eine wichtige Rolle. 2001 hat sich auf europäischer Ebene das *Council of Christian Communities of an African approach in Europe* CCCAAE gegründet. Dieser Rat soll einerseits zum besseren Verständnis der afrikanischen Kirchen in Europa beitragen, andererseits die Kirchen untereinander vernetzen und Solidaritätsbeziehungen entwickeln.

Quelle: Tagungsbericht von Hubert van Beek, WCC, 2003 / Zusammenfassung PF

M5/04-1: Erfahrungen aus dem Modellprogramm „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“

Dieses Modellprogramm startete im Februar 2002 und wurde von zwölf Jugendeinrichtungen umgesetzt. Einerseits sollen Einrichtungen der Jugendsozialarbeit zu zentralen Ansprechpartnern für alle zugewanderten Jugendlichen weiterentwickelt werden. Andererseits soll durch Vernetzung und Einflussnahme auf kommunale Planungsprozesse Verbesserungen der regionalen Angebotsstruktur für junge MigrantInnen erreicht werden.

Unter dem ersten Programmschwerpunkt sollen alle Angebote der Jugendsozialarbeit sowie das Beratungs- und Betreuungsangebote für MigrantInnen nicht mehr nach dem Herkunftsland der Zugewanderten getrennt werden. Neu ist dabei, dass in diesen Prozess der Öffnung von Angeboten auch die Jugendgemeinschaftswerke mit einbezogen werden.

Im zweiten Programmschwerpunkt geht es darum, die bestehenden Angebote zu vernetzen und ihre Öffnung für die Zielgruppen junger Migranten und Migrantinnen zu fördern.

Nach etwa einem Jahr der Programmlaufzeit kristallisierten sich **zwei grundsätzlich unterschiedliche Vorgehensweisen der Projekte in der Vernetzungsarbeit** heraus. Die Hälfte der Projekte strebte eine **systematische bzw. strukturelle Veränderung** der Vernetzungsarbeit im Sozialraum an, indem sie entweder eine umfassende Bestands- und Bedarfsanalyse vornahm oder eine neue Vernetzungsstruktur der Migrationsarbeit in Form eines durch das Modellprojekt initiierten und geleiteten Arbeitskreises etablierten. Die andere Hälfte der Projekte legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit darauf, die **bestehenden Vernetzungsstrukturen zu stärken** und hier ihre zusätzlichen Ressourcen für eine qualitativ verbesserte Migrations- und Jugendsozialarbeit einzubringen. Nach einem Jahr Laufzeit sind bei den Projekten dieses Typs erste punktuelle Erweiterungen der Angebotsstruktur zu verzeichnen. Diese wurden zum Teil durch Angebote ermöglicht, die von den Projekten initiiert und beraten, aber von einem anderen Träger im Sozialraum durchgeführt wurden (z.B. Hausaufgabenbetreuung, Sprachkurse, Computerkurse).

Durch die von den Projekten herausgegebenen übergreifenden Informationen konnten für Jugendliche und Fachkräfte neue Informationsmöglichkeiten über die bestehende Angebotsstruktur bereitgestellt werden. Es sind zudem erste Hinweise dafür zu erkennen, dass sich Projekte zu einer „Fachstelle für Migration“ weiterentwickeln und von außen als solche wahrgenommen werden.

Der zweite Programmschwerpunkt bezieht sich auf die **Öffnung der Einrichtungen der Jugendsozialarbeit für neue Zielgruppen ist noch in der Entwicklung und lässt sich noch nicht beurteilen**. Projektübergreifend lässt sich resümieren, dass im ersten Jahr der Programmlaufzeit der Schwerpunkt der Projektaktivitäten auf der Vernetzungsarbeit lag. Die ersten Ergebnisse zur Vernetzungsarbeit zeigen bereits, dass die **Projekte unter der Berücksichtigung der konkreten Rahmenbedingungen vor Ort sehr unterschiedliche Wege der Vernetzungsarbeit** eingeschlagen haben. Damit werden im Rahmen des Modellprogramms Erfahrungen gesammelt, die für eine große Bandbreite regionaler Konstellationen Anregungsfunktion haben können. Auch im Hinblick auf die Öffnung der Einrichtungen für neue Zielgruppen zeichnen sich Ansätze ab, die über den enger gefassten Bereich der Öffnung der Jugendgemeinschaftswerke hinaus gehen. Dazu gehört die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe in der gesamten Einrichtung ebenso wie Angebote, die sich gleichermaßen an deutsche Jugendliche, an Aussiedlerjugendliche sowie an Jugendliche ausländischer Herkunft richten.

Nähere Informationen zu diesem Modellprogramm unter: www.dji.de/1_netzwerk.

Quelle: Karin Haubrich und Andreas Vossler / pf

M4/04-1: Info-Flyer zur Zivilcourage ... immer wieder sagen, es geht doch!

Der „Bereich Migration & Qualifizierung“ des „DGB-Bildungswerkes e.V.“ hat in einem aktuellen Info-Flyer zusammengestellt, welche Angebote er hat für Menschen, die sich fit machen wollen für den alltäglichen Kampf gegen Dummheit, Ignoranz und Intoleranz.

Für betriebliche und außerbetriebliche AkteureInnen oder einfach für Interessierte gibt es eine ganze Palette an (kostenlosen) Unterstützungsangeboten: Trainings, Publikationen, Filmausleihe, Good Practice Center, Beratung u.v.a.m.

Die Angebote beziehen sich immer auf die (betriebliche) Praxis und setzen bei konkreten Problemen an: So z.B. die Trainings, in denen in Rollenspielen Handlungsmöglichkeiten erprobt werden. Denn zur Zivilcourage gehört Mut und der kommt nicht von allein. Das DGB Bildungswerk bietet hierfür Bildung, Information und Beratung. Denn wie sagt ein irisches Sprichwort: "Zwei Drittel der Hilfe ist, Mut einzuflößen – Das letzte Drittel ist Wissen".

Zur weiteren Information oder zum Weiterreichen an mögliche InteressentInnen kann der Info-Flyer als pdf-Datei heruntergeladen werden oder in größerer Stückzahl bestellt werden bei:

Der Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf, Fax: 0211 / 408009040; eMail: mail@setzkasten.de

Quelle: <http://www.migration-online.de>, Migration Online (16.04.2004), © DGB Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung 2001: Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 0211/43 01-183.

N. Nachrichten von unseren Mitgliedern

N1/04-1: Jugendaustausch - und dann ...?

Erkenntnisse und Folgerungen aus Wirkungsstudien und Nachbetreuungsabgeboten im internationalen Jugendaustausch ("Studien zum Forscher-Praktiker-Dialog", Band 2) → **J2/04-2**

R. Religion

R1/04-1: Toleranz, Interreligiöser Dialog und Grundgesetz

Missionsakademie an der Universität Hamburg veranstaltet am Samstag / Sonntag, 27. / 28. August 2004 in Zusammenarbeit mit dem Nordelbischen Forum für Interreligiösen Dialog eine Arbeitstagung zu Grundlagenfragen des Interreligiösen Dialogs:

„Die Freiheit des Glaubens ist verletzlich“

Toleranz, Interreligiöser Dialog und Grundgesetz

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Ausübung seiner Religion. Darin sind sich alle einig. Fraglich ist, was als legitimer Ausdruck religiösen Glaubens in der Gesellschaft anerkannt werden muß und wie viel Religion in öffentlichen Institutionen dargestellt werden darf. Das Thema der Tagung erläutern die Veranstalter folgendermaßen:

„Das Bundesverfassungsgericht hat in der zurückliegenden Zeit dreimal Urteile über Religion im öffentlichen Raum fällen müssen: zur **Frage des Kreuzifixes**, des Schächten und zur Frage des Kopftuches in öffentlichen Schulen.

Unabhängig davon, ob und wie die Religionen selbst das Gebot der Toleranz pflegen, steht **der weltanschaulich neutrale Staat** um des Religionsfriedens willen in der Pflicht, auf seinem Boden keiner Religion besondere Privilegien einzuräumen und offenen und verdeckten politischen Herrschaftsansprüchen außerhalb der demokrati-

schen Ordnung und unter dem Deckmantel religiöser Freiheit entschieden entgegenzutreten.

Im **'Kopftuchstreit'** hat das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit eröffnet, das Toleranzgebot des Grundgesetzes durch Gesetze auf Länderebene auszulegen. Wird die religiöse Toleranz in Zukunft ein innerdeutsches Nord-Süd-Gefälle haben? Erfordert die Anwesenheit mehrerer Religionsgemeinschaften, dass die Gesellschaft vor ihnen und ihren (befürchteten) Ansprüchen geschützt wird?“

Die Tagung soll über das Hauptthema hinaus Gelegenheit geben, auch über **die Perspektiven für die Fortsetzung des interreligiösen Dialogs** im nordelbischen Raum zu sprechen.

Die Tagungsleitung liegt in den Händen von Dr. Michael Biehl (Missionsakademie Hamburg), Pn. Ursula Sieg, Dr. Hartwig von Schubert, P. Wolfgang Vogelmann (Ökumenebeauftragter der Nordelbischen Kirche).

Kontakt: Ingrid Kunze (Sekretariat): Tel. 040/82 31 61-13. Die Missionsakademie an der Universität Hamburg, Rupertistr. 67, liegt in 22609 Hamburg(-Nienstedten) und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen (S-Bahn Linie 1, Richtung Wedel/ Blankenese, Haltestelle Hochkamp.), Parkplätze sind rar. Fax: 040 / 82316193; eMail: info@missionsakademie.de.

Die Veranstalter bitten um Anmeldung per Fax (040 / 823161 93), Brief oder eMail **bis 31.05.04** („Betreff: Tagung KA22/04“).

Quelle: Missionsakademie / at

.....Tagungskalender.....

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
16. – 18.1.04 Loccum	Gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Ostafrika	Veranstalter: Ev. Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel.: 05766-810 www.loccum.de
16. – 18.1.04 Hochlandhaus Potsdam, Guttenbergstr. 78, 14467 Potsdam	"Neue Perspektiven in Lateinamerika" Seit Ende der 90-er Jahre erlangen IWF- und US- kritische Stimmen in Lateinamerika wieder überraschend an Gewicht: In Venezuela wurde der von Linken und indigenen Bewegungen unterstützte Präsident Hugo Chavez bereits mehrfach gegen eines von der US-Regierung angezettelten Putsches verteidigt. In Peru, Bolivien und Ecuador legten von indigenen Organisationen getragene Koalitionen bei den Wahlen überraschend zu bzw. stellen den Präsidenten	Veranstalter /Info: HochDrei e.V., Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam, Tel.: 0331/237 09 40, ☎ 0331/237 09 41, web: www.hochdrei-potsdam.de , e-mail: hochdrei@gmx.de
23.– 25. 1. 04 Bad Boll	Länderseminar Syrien: Von der Wiege des Christentums zum Schurkenstaat	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
12. – 14. 2. 04 Wittenberg	Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Mosambik – DDR - Bundesrepublik	Veranstalter: Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Schlossplatz 1d, 06886 Lutherstadt Wittenberg, Tel.: 03491-4988-40 www.ev-akademie-wittenberg.de
13. – 14. 2. 04 CJD Bonn	Partner oder Blockierer? Unternehmen und Politiknetzwerke in der Globalen Politik	Programm unter: www.sef-bonn.org/de/veranstaltungen
27. – 29. 2. 04 Rehburg- Loccum	Am Souverän vorbei? Der Prozess europäischer Verfassungsgebung und die Öffentlichkeit	Ev. Akademie Loccum
26. - 28.02.04 Berlin	Migration und Integration im Europa der 25 Zuwanderungs- und Asylpolitik nach der Erweiterung der Europäischen Union	Evangelische Akademie zu Berlin/ Hotel Christophorus-Haus im Ev. Johannesstift
05. - 07.3.04 Hofgeismar Evangelische Akademie in Kooperation mit der Dt.-Palästinensischen Gesellschaft http://ekkw.de/akademie.hofgeismar	Wut und Angst um Palästina Palästinas Alltag, die Friedensinitiativen und die Interessen der Blockierer Leitung: Jens Haupt, Hofgeismar / Rainer Zimmer-Winkel, Berlin	Die Road Map ist – wie so viele andere Initiativen zum Frieden vorher – inzwischen auch gescheitert. Auf palästinensischer Seite erweisen sich die islamistisch bezeichneten Kräfte als einflussreiche Größen, die politische Schritte zum Frieden immer wieder zu torpedieren scheinen. Zielgruppe: Nahost-Interessierte
5.- 7.03.04 Bad Boll	Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral Ethische Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit und der internationalen Politik	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de
5. - 7.03.04 Bad Boll	Minen, Mörser, Maschinengewehre Kleine und leichte Waffen – eine große Herausforderung für den Weltfrieden	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de
17. - 19.03.04 Bad Boll	Ich gehe mit meinem Schatten Frauen und Gewalt in verschiedenen Kulturen	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de
19. - 20.03.04 Bad Boll	100 Tage neue Regierung in Guatemala Bestandsaufnahme und Perspektive	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de
26. - 28.3.04 Hofgeismar http://ekkw.de/akademie.hofgeismar	Streitfall Islam - Recht in Deutschland zwischen den Kulturen Leitung: Michael Goldbach, Hofgeismar, Wilhelm Philippi, Bad Zwesten	Ein Konflikt, der an Grundfragen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats rührt. Wie viel Respekt muss der weltanschaulich neutrale Staat dem Islam gegenüber aufbringen? Wie viel Anpassung dürfen wir von dem bzw. der Fremden erwarten? Zielgruppe: Islam-interessierte Deutsche, muslimische MitbürgerInnen, Integrationsbeauftragte und weitere für die Integration ausländischer Mitbürger engagierte Personen
26. - 28.3.04 Bad Boll	Den Mauerbau durchs Heilige Land beenden Ökumenische und gesellschaftliche Initiativen	Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel: 07164-790 www.ev-akademie-boll.de
2.- 3.4.04 Hotel Voltaire, Potsdam	Potsdamer SEF-Frühjahrgespräche 2004 Russland und die Europäische Union: Zwischen Partnerschaft und Rivalität	Stiftung für Entwicklung und Frieden & Mitveranstalter: Renner-Institut, Wien, Kooperationspartner: WeltTrends, Potsdam

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
7. - 8. 5.04 Gustav- Stresemann- Institut, Bonn	SEF-Projektreihe "Entwicklung und <i>failing states</i> " Staaten zwischen Stabilität und Zerfall Bestandsaufnahme und Problemanalysen aus drei Weltregionen	Stiftung für Entwicklung und Frieden Mitveranstalter: Bonn International Center for Conversion (BICC) Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
14.-16.5.04 Iserlohn Tagungsort: Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, Tel: 02371/352-0	Muslime und Christen in der deutschen Gesellschaft Eine wechselseitige kulturelle Herausforderung	Veranstalter: Ev. Akademie Iserlohn, www.kirchunegesellschaft.de/veranstaltungen
19.-23.05. Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923- 314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle und Interreligiöse Arbeit mit Kindern und Jugendlichen JuLeiCa-Kursreihe für ehren-(und neben-) amtliche Leitende von Kinder- und Jugendgruppen	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwj.org
20. – 22.5.04 Bonn	<i>Globalising women's rights: Confronting unequal development between the UN rights framework and WTO trade agreements</i>	WIDE Jahreskonferenz News 1/2004
29.-31. Mai 2004 Evangelische Akademie Arnoldshain im Taunus (bei Frankfurt/Main)	16. Christlich-Islamische Tagung	Veranstalter: Deutschen Muslim-Liga Bonn e.V. und der Christlich-Islamischen Gesellschaft e.V., vorbereitet von einem christlich-islamischen Team
1. – 6. 6. 2004 Budapest: European Youth Centre Kontakt s. *	Council of Europe Youth Directorate Seminar: "Islamophobia and its Consequences on Young People"	Veranstalter: Council of Europe's Directorate of Youth and Sport, European Commission against Racism. Zsuzsanna Molnar (Secretarial Assistant): 1024 Budapest, Zivatar u. 1-3. Tel: 438-1035; Fax: 212-4076 eMail: zsuzsanna.molnar@coe.int website: www.eycb.coe.int
5. 6. 2004 AKAD Hochschule Leipzig Immo Burghardt Nieder-Ramstädter-Str.5 64283 Darmstadt Tel.0175 7445749 immoburghardt@ yahoo.de	Polen als Wirtschaftspartner Seminar	eine Gemeinschaftsveranstaltung des JOE Stammtisches Frankfurt/Main (Junge Osteuropa Experten), von www.akadalumni.com sowie der Unternehmensberatung der <i>Europe-consultants</i> . Adressaten: Alle, die sich für Osteuropa interessieren. weitere Informationen: www.europe-consultants.com
13. – 18. 6. 04 Starnberg, Düsseldorf www.nord-sued-netz.de	Islam in der Arbeitswelt	Veranstalter: DGB Bildungswerk, Hans Böckler Allee 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211-4301-258 Veranstaltungen 010422062/IAW bzw. 0404226109/IAW siehe: I1/04-1

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
16. – 19.6.2004 Rieti ARI Onlus, C.P.95, 02100 Rieti / Italy	2nd Rieti International Meeting on the issue of Refugees and Asylum Seekers	website: http://www.ariweb.it Tel.: (+39-0746) 294465; Tel/fax: (+39-0746) 491648 eMail: refugees_conference@tiscali.it siehe: M2/1-04
18.– 20.06.2004 Tegernsee EAB, Hirtenstr. 16, 80335 München; Tel./Fax: 089 / 549141-0; Fax: 54 91 41-9; info@europaeische-akademie.de	Die USA gegen den Rest der Welt? Überlegungen zum Verhältnis Europa USA und zu einer neuen Weltordnung Europäische Akademie Bayern, Nr. 4253-2	Wird es in der Zukunft notwendig, die Bundesrepublik am Hindukusch zu verteidigen? Welche Bedeutung hat die Nationale Sicherheitsstrategie der USA mit ihrem präemptiven Ansatz für künftige Konflikte? Welche Rolle spielt die europäische Union künftig in der internationalen Politik? Welchen Beitrag kann die UNO zur Friedenssicherung und Stabilität leisten? Die neue Nato-Strategie und die nationalen Sicherheitsstrategie der USA.
18.-20.06.2004 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Multikulturelles Wochenende Begegnung zwischen Jugendlichen aus christlichem und muslimischem Kulturkreis	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org
23. – 25.6.2004 Potsdam http://www.uni-potsdam.de/db/orgapers/web-site/managing_diversity_2004.php	5. Internationale <i>Managing Diversity</i> Konferenz, Potsdam 2004 <i>Making Diversity Work Throughout the World</i>	Das Thema zielt auf aktuelle Erkenntnisse zu Strategien, Modellen und <i>tool-kits</i> für: <i>Diversity Management</i> im <i>General Management</i> , <i>Diversity Management</i> im (internationalen) <i>Human Resource Management</i> und auf <i>Diversity Management</i> im (internationalen) <i>Marketing</i> . siehe: F3/04-1
23. – 27. 6. 2004 Dresden http://www.unitedagainstracism.org	Konferenz von AKTION UNITED: Choosing Right? European conference against new right extremism The new extreme-right movement all over Europe has several faces. One of them is the "New Right" which is not openly linked to the common neo-nazi groups such as skinheads or (neo-)fascist political parties. They don't show openly their admiration for the "Third Reich". Instead of "racism" they focus on the differences and the struggle of "cultures". If somebody calls their ideology antisemitic or islamophobic they would refer to their right to "the freedom of speech and opinion". During the last months one could find right-wing activists at peace demonstrations all over Europe. Is the extreme right now also a peace movement?	Veranstalter: „UNITED for Intercultural Action European network“ in Zusammenarbeit mit „Kulturbüro Sachsen“, Antidiskriminierungsnetzwerk des Türkischen Bundes, Netzwerk gegen Rechts-extremismus u.a. und wird von der Heinrich-Böll- und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt. Englische Sprachkenntnisse werden von jedem Teilnehmer erwartet.
25. - 26.6.04 Universität Potsdam Hauptgebäude der Juristischen Fakultät, Raum 2.31, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam (5 Minuten Fußweg vom S-Bahnhof Griebnitzsee).	Konferenz des Forschungskreises Vereinte Nationen "Die Reform der Vereinten Nationen"	Veranstalter: Forschungskreis Vereinte Nationen, Dr. phil. Helmut Volger, Koordinator, c/o Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam, Tel.: 0331- 977 3450, Fax: 0331-977 3451, E-Mail: fruno@rz.uni-potsdam.de

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
25.-27.06.2004 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle und Interreligiöse Arbeit mit Kindern und Jugendlichen JuLeiCa-Kursreihe für ehren-(und neben-) amtliche Leitende von Kinder- und Jugendgruppen	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org
28.-30.06.2004 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle Arbeit / Kompetenz in Kindertageseinrichtungen: Aufbaukurs	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org
1.– 3.7.04 Menschen-RechtsZentrum der Universität Potsdam August-Bebel-Straße 89, 14482 Potsdam Tel.: [+49] 03 31 / 977-34 50, Fax: [+49] 03 31 / 977-34 51. Quelle: www.uni-potsdam.de/u/mrz	Globaler demographischer Wandel und Menschenrechte	Experten aus dem deutschsprachigen Raum werden sich mit den völkerrechtlichen Grundfragen auseinandersetzen, die der globale demographische Wandel impliziert, und seine Anforderungen an die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik diskutieren. Es soll der Rolle der Staaten in den zukünftigen Szenarien ebenso nachgegangen werden wie den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Schutz von Minderheiten und Flüchtlingen. Abschließend wird der Schutz der Familie und anderer verletzbarer Gruppen behandelt werden.
1.– 3.7.2004 Inselhotel Hermannswerder Kontakt: August-Bebel-Straße 89 D - 14 482 Potsdam Tel.: [49] 03 31 / 977-34 50 Fax: [49] 03 31 / 977-34 51	Kolloquium zum Thema „Globaler demographischer Wandel und Menschenrechte“	Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam (MRZ) zum 10 jährigen Bestehen. Anforderungen an die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und die Rolle der Staaten in den zukünftigen Szenarien sowie die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Schutz von Minderheiten und Flüchtlingen werden diskutiert.
5. – 23. 7. 2004 Wadham College, University of Oxford summer.school@geh.ox.ac.uk	International Summer School in Forced Migration 2004	This three-week residential course provides a broad understanding of the issues of forced migration and humanitarian assistance.
22. – 23.7.2004 Hotel der Genoa-Akademie Stuttgart/Hohenheim Steckfeldstr. 2 70599 Stuttgart Fon: 0711 / 4581-0 Fax: 0711 / 45 81-209	Interkulturelles Training Arabische Halbinsel (Trainer: Amin Janzir) Kosten: 965 – 1.050 €	Kontakte mit arabischen Ländern bergen ein interkulturelles Konfliktpotenzial. Das interkulturelle Training sensibilisiert für den arabischen Kulturkreis, vermittelt religiöse Werte, Normen und Verhaltensweisen, sowie ihre Auswirkungen auf Kontakte, Beziehungen und Geschäfte. Ein Angebot des IfA-Partners "cifa – crossculture" http://www.cifa-crossculture.de/

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
<p>26.7. – 15.8.2004 Niger Kontakt: apte_hh @t-online.de, Fax: 0941/ 467 00 30 (APTE Regens- burg)</p>	<p>Université de Paix en Afrique, internationale Zusammenkunft</p>	<p>Adressaten: Multiplikatoren, Mitarbeiter in Organisationen der Zivilgesellschaft, in NGOs, Regierungsbehörden, Perso- nen, die in internationaler Zusammenar- beit oder in der Friedensarbeit engagiert sind. Kosten insgesamt: 2.520.– € (Re- duktion bei Anmeldung bis zum 15.Mai 2004).</p>
<p>19.8. – 4.9. 2004 Alpbach http://www.alpbach.org/Deutsch/ Programm_de.htm</p>	<p>Europäisches Forum Alpbach 2004 "Grenzen und Grenzüberschreitungen" Seminar 2: Freedom, Democracy and Social Justice (Abram de Swaan / Ali Paya / George Schöpflin) Seminar 3: Werte, Normen, Devianz (Michael Bock / Manfred Prisching) Seminar 4: Limits to Immigration and Integration Seminar 5: Geopolitics in International Relations (Nicholas Burns / Reinhard Heinisch (Rainer Münz / Demetrios Papademetriou) Seminar 11: The limits of European integration (Andrew Fielding / Elisabeth Tichy-Fisslberger)</p>	<p>Nebenveranstaltungen und Preise: Pauschale Gesamtforum € 1000 Perfektionskurs Europarecht € 540 Spezialkurs € 900 Architekturgespräche € 460 Reformgespräche € 460 Technologiegespräche € 500 Networking in der EU € 460 Politisches Gespräch € 460 Bankenseminar € 460 Wirtschaftsgespräche € 460 Mediengespräche € 460</p>
<p>19.8. – 3.9. 2004 Alpbach Europäisches Forum Alpbach Invalidenstraße 5/7 A 1030 Wien; Fax: +43 (1) 718 17 01 www.alpbach.org/registration</p>	<p>Alpbacher Sommerschule für Europäische Integration Von der Europäischen Gemeinschaft [EG] zur Europäi- schen Union [EU]; GATT-Konformität ; Europäische Gemeinschaften: Begriffe, Organe, Recht- setzung, Vollziehung und Rechtsprechung ; EU: Aufbau und Struktur, Außenbeziehungen, Sicher- heitspolitik, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Unionsbürgerschaft ; Vertrag von Nizza Der „Grundrechte-“ und der „Zukunfts-Konvent“</p>	<p>Zweck dieser Sommerschule ist es, Studierende vor dem Studienabschluß sowie jüngere Absolventen der Rechts- Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Poli- tikwissenschaften mit den strukturellen Rahmenbedingungen und dem Funktio- nieren der Europäischen Integration in wirtschaftlicher, politischer und recht- licher Hinsicht vertraut zu machen. Höchstzahl der Teilnehmer: 50; Teil- nahmegebühr: € 900,-</p>
<p>27. / 28. 8. 2004 Missionsakade- mie an der Uni- versität Hamburg Rupertistr 67 22609 Hamburg Tel.: 040/8231610; Fax: 040/ 82316193; eMail: info@missions akademie.de Sekretariat: Ingrid Kunze, Tel. 040/82 31 61-13</p>	<p>„Die Freiheit des Glaubens ist verletzlich“ Toleranz, Interreligiöser Dialog und Grundgesetz Eine Arbeitstagung zu Grundlagenfragen des Interreligiösen Dialogs in Zusammenarbeit mit dem Nordelbischen Forum für Interreligiösen Dialog</p>	<p>Wird die religiöse Toleranz in Zukunft ein innerdeutsches Nord-Süd-Gefälle haben? Erfordert die Anwesenheit mehrerer Religionsgemeinschaften, daß die Gesellschaft vor ihren (befürchteten) Ansprüchen geschützt wird? Gelingt Toleranz durch Pluralisierung des Reli- giösen oder durch Vermehrung religi- onsfreier Räume? Welche Folgen erge- ben sich für das Leben der Kirche und den Interreligiösen Dialog, wenn sie theologisch und lebensweltlich engagiert ist? Welche Haltung soll die Nordelbi- sche Kirche in den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein einnehmen? siehe: R1//04-1</p>
<p>27.– 29. 8. 2004 Jugendhof Vlo- tho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923- 314, Fax 05733 / 10564</p>	<p>Asyl in Deutschland. Fortbildungsveranstaltungen für haupt- und eh- renamtlich Mitarbeitende in der Asylberatung so- wie weitere Interessierte: Sudan</p>	<p>Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bil- dungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org</p>

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
<p>29. 8 – 8 9. 2004 Universität Twente Enschede(Niederlande)</p> <p>Susanne von Itter (EADI-Sekretariat): itter@eadi.org. Siehe auch: EADI e-newsletter 1-2004.</p>	<p>EADI 2nd International Summer School: Constructing Democracy? Challenges for the European Development Agenda</p>	<p>The 2nd EADI summer school will start with an overview of the 20 year episode of the democratization and governance agenda since the early eighties. It provides a brief overview of different concepts and models of democratization and governance, before it proceeds with insights and a critical analysis of the delivery of the European governance and democratization agenda in developing countries and accession countries during this period. http://www.eadi.org/detail_page.phntml?&userame=guest@eadi.org&password=9999&groups=EADI&workgroup=&page=ess2004 [hier Anmeldeformular]</p>
<p>20. – 24. 9. 2004 Halle an der Saale</p>	<p>29. Deutscher Orientalistentag</p>	<p>Veranstalter: Deutsch-Morgenländische Gesellschaft In den Panel-Diskussionen des Orientalistentages geht es inhaltlich u.a. um folgende Themen: Der Orient und Europa, die Vergangenheit als Ressource in der turksprachigen Welt sowie: Intellektuelle in Asien und Afrika.</p>
<p>23. – 29. 8. 2004 Berlin Kathol. Akademie, 030 / 283095-154; eMail: schneider@ katholische- akademie-Berlin.</p>	<p>Deutsch-Polnische Ferienakademie für Priesteramtskandidaten und Studierende der Theologie und Politikwissenschaften aus Polen und Deutschland</p>	<p>Es geht um die politische und gesellschaftliche Situation in beiden Ländern und die Zukunft von Glaube und Kirche. Ziel der Akademie ist die gemeinsame Suche nach tragfähigen Werten und spirituellen Quellen für die Orientierung des eigenen Lebens.</p>
<p>27.– 28. 9. 2004 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923- 314, Fax 05733 / 10564</p>	<p>Interkulturelle Kompetenz in der Beratung</p>	<p>Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org</p>
<p>27.9. – 2.10.2004 Leipzig Zentrum für Höhere Studien, Universität Leipzig</p>	<p>Transnationalisierungsprozesse und autonome Handlungsräume — Aneignungs- und Abwehrstrategien im Kulturkontakt und Tagung „Transatlantischer Kulturtransfer im ‚Kalten Krieg‘ – Europa und die USA in historischer Perspektive“</p>	<p>Info und Anmeldung bis 30. 6. 2004: c/o Martina Keilbach, Emil-Fuchs-Str. 1, 04105 Leipzig (Tel.: 0341-9730286, Fax: 0341-9731209, eMail: phd@uni-leipzig.de). siehe: B2/04-1</p>
<p>17.10. – 22.10.04 DGB Bildungs- zentrum Hattin- gen</p>	<p>Die Türkei und die Türken in Deutschland: Sind islamische Tradition und westliche Modernität miteinander vereinbar?</p>	<p>Veranstalter: DGB Bildungswerk, Hans Böckler Allee 39, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211-4301-258 http://www.nord-sued-netz.de/</p>

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
<p>20. – 27.10.04 Potsdam</p> <p>Infos: Birgit Mitawi, Ute List (RAA) Telefon (03 31) 20 10 869 oder: raa-potsdam@web.de</p>	<p>Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT)</p>	<p>Unter dem Motto „Lesen und lesen lassen – Bildung für alle“ laden RAA und VENROB alle interessierten NRO, Gruppen, Schulen und Organisationen ein, sich daran zu beteiligen.</p>
<p>3. – 5. 11. 2004 Jugendhof Vlotho</p> <p>32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564</p>	<p>Interkulturelle Arbeit / Kompetenz in Kindertageseinrichtungen: Vierteiliger berufsbegleitender Kurs</p>	<p>Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org</p>
<p>12 –14. 11. 2004 Tegernsee</p> <p>EAB, Hirtenstr. 16, 80335 München; Tel./Fax: 089 / 549141-0; Fax: 54 91 41-9; info@europaeische-akademie.de</p>	<p>Wie weit reicht Europa? Die Erweiterung der EU und die Türkei Europäische Akademie Bayern: Nr.4462-1</p>	<p>Themenschwerpunkte: α Komplexität eines großen Landes und regionale Konfliktfelder α Aktuelle Fragen und Probleme der türkischen Innenpolitik und Außenpolitik α Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung und die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme des Landes α Stehen wir vor Beitrittsverhandlungen mit der EU? α Das Arbeitskräftepotential der türkischen Mitbürger in Deutschland Rolle und Einfluss des Islams.</p>
<p>19.–21. 11. 2004 Jugendhof Vlotho</p> <p>32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564</p>	<p>Vlothoer Tagungen zum Deutsch–Arabischen Dialog. Jugendaustausch mit Arabischen Ländern: Aufgaben, Probleme und Erfahrungen</p>	<p>Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org</p>
<p>26. – 27.11. 2004 Technische Fachhochschule Wildau</p>	<p>Polen und Deutsche im Geschäft — Wege zur interkulturellen Verständigung</p>	<p>SSIP-Tagung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Interkulturelle Kommunikation Wildau und SSIP-Mitgliederversammlung</p>
<p>2. – 4. 12. 2004 Pontypridd (Wales)</p> <p>http://www.glam.ac.uk/hass/research/border/; und: //www.fu-berlin.de/zvge/</p>	<p>Crossing Borders — Histories, Theories and Identities</p>	<p>Cfp bis 30. Juni 2004 Veranstalter: Prof. Chris Williams und Dr. Sharif Gemie, Centre for Border Studies, School of Humanities (University of Glamorgan, Pontypridd: CF37 1DL, Wales, United Kingdom), eMail cwilli16@glam.ac.uk und: sgemie@glam.ac.uk PD Dr. Arnd Bauerkaemper, Zentrum für Vergleichende Geschichte Europas, Freie Universität, Koserstr. 20, 14195 Berlin; eMail: baue@zedat.fu-berlin.de. siehe: F2/04-1</p>

Datum, Ort Kontakt	Titel	Erläuterungen
14.–16.2.2005 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle Arbeit / Kompetenz in Kindertageseinrichtungen: Vierteiliger berufsbegleitender Kurs	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org
23.–25.5. 2005 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle Arbeit / Kompetenz in Kindertageseinrichtungen: Vierteiliger berufsbegleitender Kurs	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org
28.–30.09.2005 Jugendhof Vlotho 32602 Vlotho, Oeynhausener Str. 1, Tel. 05733/ 923-314, Fax 05733 / 10564	Interkulturelle Arbeit / Kompetenz in Kindertageseinrichtungen: Vierteiliger berufsbegleitender Kurs	Veranstalter: Jugendhof Vlotho (Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) Internet: http://www.jugendhofvlotho.de Verantwortlich: Gerhart Schöll, Tel. 05733/923-324 eMail: gerhart.schoell@lwl.org

.....Auch das noch.....

Darf eine Kleingartenanlage „Kolonie“ heißen ?

„Togo ist seit 40 Jahren unabhängig“, ereifert sich ein Demonstrant. Warum darf dann die Kleingartenanlage „Togo“ im Berliner Stadtteil Wedding heute noch „Dauerkolonie Togo“ heißen?

Am 24. April 2004 stritten etwa 50 Demonstranten, mehrheitlich Flüchtlinge aus Togo, mit den Anwohnern und Nutzern des Stadtviertels an den „Rehbergen“, wo die Straßen nach Togo und Sansibar, Transvaal und Ghana benannt sind. „Wir fordern die Umbenennung der Kleingartenanlage“, riefen die Protestierer durchs Mikrofon.

Bei den biederen Berliner Kleingärtnern wird das Verständnis für Belange der Dritten Welt nun nicht gerade gewachsen sein. Wer braucht hier eigentlich Nachhilfe in interkultureller Verständigung?

Quelle: Berl.Ztg. (26.4.2004), S.21 (Claudia Fuchs)

Entschuldigung für falsche Silbentrennungen! MICROSOFT WORD ist gegenüber der alten wie der neuen Rechtschreibung eigensinnig.